

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Verschärfte Klassenkämpfe

Es ginge gegen alle Erwartungen, wenn die Wirtschaftskrise nicht auch eine Verschärfung und Vervielfältigung der Klassengegensätze mit sich gebracht hätte. In der Wirtschaftskrise, in der das Sozialprodukt zusammenschrumpft, muß der Kampf um den Anteil an dem Sozialprodukt notwendigerweise an Heftigkeit zunehmen.

Da in Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur die Lohnkämpfe gewöhnlich zahlreicher sind, so könnte man denken, der Klassenkampf für den Lohn sei eher eine Eigentümlichkeit der Aufschwungsperiode. Dagegen hat der Klassenkampf um die Sozialpolitik in der Krise eine andere Gestalt wie in der Hochkonjunktur. Wird er in Zeiten guter Konjunktur um den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen geführt, so ist in der Krisenzeit der Klassenkampf an der sozialpolitischen Front auf die Abwehr der Verschlechterung oder die Wiedergewinnung verlorengegangener Ergebnisse der Sozialpolitik gerichtet. Die Anregung der deutschen Sozialdemokratie zur Einleitung eines Volksentscheids gegen die Notverordnung, die die Sozialpolitik stark verschlechterte, der Kampf der englischen Gewerkschaften gegen die Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung usw. sind durch diesen Abwehrcharakter gekennzeichnet.

Man könnte daher für die Krisenzeit auf den ersten Blick eher von einer Abschwächung als von einem Vorstoß auf der Lohn- und sozialpolitischen Klassenfront reden. Indessen wäre eine solche Betrachtungsweise nicht richtig, auch dann nicht, wenn man davon absieht, daß der Klassenkampf von oben, der von den Unternehmern gegen die Arbeiterschaft geführt wird, gerade in der Krisenzeit sehr verschärft wurde. Der Klassenkampf ist auch ein psychologischer Tatbestand, der sich im seelischen Verhalten jener Schichten, die ihn führen, auswirkt. Kann die Arbeiterschaft ihren lohn- und sozialpolitischen Kampf in der Krisenzeit mit geringerer Aussicht auf Erfolg führen wie in Zeiten des Aufstiegs, so steigt darüber um so mehr ihre Erbitterung. Die Energien, die im lohn- und sozialpolitischen Kampf zur Ohnmacht verurteilt sind, setzen sich in revolutionäre Energien um und warten auf die Gelegenheit, um sich zu entladen.

Verschärft wird in der Krise auch jene Form des Klassenkampfes, der an der Front der Staatsfinanzen geführt wird. Im modernen Staat wird ein größerer und steigender Teil des Volkseinkommens vom Staat in Anspruch genommen, der ihn in die Bevölkerung wieder zurückerleitet. Auf welche Weise die Staatseinnahmen aufgebracht und verwendet werden, ist daher ein Gegenstand des Klassenkampfes, der an Bedeutung um so mehr gewinnt, je größer das Opfer ist, das der Steuerzahler zu tragen hat, und je größer die Ansprüche sind, die von den verschiedenen Schichten an den Staat gestellt werden. Ob die Hauptlast der Steuerzahlung den Reichen oder den Armen aufgebürdet werden soll, ob die Staatseinnahmen für Liebesgaben an Unternehmen und für Rüstungszwecke oder aber für soziale Aufgaben verwendet werden, ob die Beamtenbezüge gekürzt werden sollen — diese Fragen sind Gegenstand scharfen Klassenkampfes in einer Anzahl von Ländern. Augenblicklich beherrschen sie den politischen Kampf in Frankreich vollkommen. Kaum jemals tobte in diesem Land der Kampf auf dieser Klassenfront so heftig wie heute.

Die Interessengegensätze lassen die Klassenkämpfe nicht nur zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft, sondern auch unter den verschiedenen Gruppen des Unternehmertums selbst stärker sichtbar werden. Da kämpfen die landwirtschaftlichen Interessen gegen die industriellen. Die Landwirtschaft möchte ihre Sonderkrise mit Hilfe von Agrarzöllen, Kontingenten und Liebesgaben auf Kosten anderer Volksschichten beheben. Sie kümmert sich nicht im geringsten darum, wie diese Maßnahmen die gesamte Volkswirtschaft und vor allem den industriellen Arbeitsmarkt beeinflussen werden. Sie kümmert sich nicht darum, daß die Ausfuhr eines Landes, das sich vor der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte versperrt, notwendigerweise zusammenschrumpfen muß und daß damit die Arbeitslosigkeit weiter erhöht wird. Innerhalb der Landwirtschaft bestehen starke Gegensätze zwischen der getreideproduzierenden Großlandwirtschaft und den bäuerlichen Produzenten von Veredelungsprodukten. Diese Gegensätze werden allerdings häufig verschleiert, sofern es den Vertretern der Großlandwirtschaft, die schlauer und gerissener sind als die Bauern, gelingt, den Bauern einzureden, sie hätten die gleichen Interessen wie der Großgrundbesitz.

Auch unter den Industrieunternehmern verschärfen sich die Gegensätze. Die Industriezweige, in denen noch freie Konkurrenz herrscht, leiden in der Krise stärker unter der Monopolwirtschaft als in normalen Zeiten, in welchen sie die monopolistisch überbeurteilten Preise ihrer Vorprodukte auf ihre Abnehmer eher zu überwälzen vermögen. Die Industriezweige, die hauptsächlich für den inländischen Absatz arbeiten, fordern verstärkten Zollschutz gegen die Auslandskonkurrenz, während die

Exportindustriellen von den Zollerhöhungen mit Recht die Verschlechterung der Exportaussichten erwarten.

Eine neue Klassenfront hat sich in der Wirtschaftskrise zwischen Gläubigern und Schuldnern herausgebildet. In der Wirtschaftskrise sind die Warenpreise gewaltig gesunken, während der Preis für den Kredit, der Zins, bei langfristigen Schuldverträgen überall, in manchen Ländern, wie in Deutschland, auch bei kurzfristigen Schulden auf der alten Höhe geblieben ist. Neben der starken Preissenkung gehen in der Krise auch die abgesetzten Warenmengen gewaltig zurück, so daß die Schuldner ihre Schuldenlast von einem stark zusammengeschrumpften Einkommen abzutragen haben. Je größer der Produktions- und Preisrückgang auf der einen, die Verschuldung auf der andern Seite, um so schwerer wird die Schuldenlast. Während früher der Schuldner unter solchen Verhältnissen einfach zahlungsunfähig wurde, erzwingt jetzt die organisierte politische Macht der Schuldnergruppen die Ermäßigung der Schuldenlast in der einen oder andern Form — Schuldennachlaß, Zinsabwertung, Zinszuschüsse, Vollstreckungsschutz usw. — mit Hilfe der Staatsmacht. Eine neue Form des Klassen-

kampfes zwischen Gläubigern und Schuldnern, der von der Landwirtschaft, die aus den erwähnten Gründen unter der Schuldenlast am stärksten leidet, und von den Hausbesitzern geführt wird.

Diese Form des Klassenkampfes greift auch auf die Währungsfront über. Die Geldentwertung mit Hilfe einer inflationistischen Politik ist das beste Mittel dafür, die Last der Schulden zu erleichtern, ja sie überhaupt los zu werden. Diese Absichten sind um so gefährlicher, da die Inflationisten für den Fall, daß ihre Pläne verwirklicht werden, auch die Belegung des Arbeitsmarktes in Aussicht stellen. Auf diese Weise vermögen sie auch breite, an ihrem Schicksal verzweifelnde Arbeitslosenmassen für ihre Zwecke einzuspannen, unbekümmert darum, daß die mit Hilfe einer Inflation hervorgezauberte vorübergehende Steigerung der Beschäftigung, falls die Sache schief geht, mit dem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft bezahlt werden muß.

Wer angesichts dieser Klassenkämpfe, die heute auf den verschiedensten Fronten in verschärfter Form auftreten, noch davon redet, daß es gegenwärtig überhaupt keine Klassenkämpfe gäbe, oder daß diese nicht in den Tatsachen selbst gegeben wären, sondern nur künstlich aufgebauscht seien, den müssen wir zwar nicht um seinen Verstand, jedoch um seinen Optimismus beneiden.
A. H.

Arbeitsamt und 40-Stunden-Woche

Im Oktober 1931 hat die Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes den Vorschlag gemacht, für die Behandlung der Arbeitszeitverkürzung sofort eine Konferenz der drei Gruppen des IAA (Arbeiter, Regierungen und Unternehmer) abzuhalten. Ein Jahr später, im September 1932, hat die besondere Verwaltungssitzung schon beschlossen, eine solche Konferenz im Jahr 1933 abzuhalten. Kürzlich hat nun eine Sitzung des Verwaltungsrates in Madrid, das in Spanien liegt, beschlossen, die Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz im Jahre 1933 zu setzen. So besteht also die Aussicht, daß sich das IAA im kommenden Jahre schon sachlich mit der 40-Stunden-Woche befaßt. Bis dahin besteht freilich auch die Aussicht, daß die 40-Stunden-Woche durch wirtschaftliche Notwendigkeit oder durch den Druck der Gewerkschaften schon ziemlich allgemein durchgesetzt worden ist.

Es will uns scheinen, daß das Arbeitsamt sich etwas tatkräftiger hinter die Arbeitszeitverkürzung setzen müßte. Seinem Ruf könnte das wahrhaftig nicht schaden. Es wäre wahrhaftig an der Zeit, wenn es einmal eine große sozialpolitische Tat, als solche betrachten wir die 40-Stunden-Woche, auf sein Konto schreiben könnte.

Das Arbeitsamt kostet jahraus, jahrein eine dicke Stange Gold. Kein Zweifel, für das viele Geld wird auch geschafft. Es veröffentlicht viele Drucksachen mit nützlichem Inhalt, ständig hält es weltauf, weltab Sitzungen und Konferenzen ab, in einer Reihe von Großstaaten unterhält es eigene Büros, seine Beauftragten besuchen die Tagungen der Unternehmer, Genossenschaften und Gewerkschaften, kurz, das Arbeitsamt ist sehr geschäftig. Das wird allerwärts anerkannt, auch in internationalen Arbeiterkreisen. Nur meinen diese, daß der für die Arbeiter wirklich nützliche Ertrag dieser beachtenswerten Geschäftigkeit der Steigerung bedürfe.

Die Sympathie für das IAA ist wenn wir die internationale Presse als Grundlage des Urteils nehmen, nicht gerade stark. Wir sehen den Tag kommen, wo die Presse der Unternehmer wie die Mundstücke von Regierungen ein planmäßiges Kesselreiben gegen das IAA unternimmt. Die Erfolgsaussicht dieses Unterfangens wird gutenteils von der Tatkraft der internationalen Gewerkschaftsbewegung abhängen. Deren Mitglieder wie die Arbeiter überhaupt werden um so tatkräftiger für das IAA eintreten, je nützlicher es sich für die Sache der internationalen Arbeiterschaft erwiesen hat. Es ist also unser lebhaftes Interesse an dem Rufe und an dem Bestand des IAA, was uns diese Sätze schreiben heißt.

Da wirbt, was zur Illustration dienen möge, der Vertreter des IAA in Washington eifrig für sein Amt. Von einem Erfolg ist nichts zu entdecken. Die Vereinigten Staaten bleiben nach wie vor der internationalen Arbeitsorganisation fern und, was schlimmer ist, die Geneigtheit der amerikanischen Gewerkschaften für das IAA geht, wenn es hoch kommt, nicht über gedämpfte Worte hinaus. Zur Erläuterung des Warum ist dieser ganze Aufsatz geschrieben.

Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten und Hemmungen des Apparats des IAA. Allein, wir meinen, daß ein Apparat zur Förderung der Aufgaben einer Einrichtung dienen soll, und wenn der Apparat dem hinderlich ist, muß eben der Apparat umgebaut werden. Jedenfalls läßt sich die Mißstimmung oder bleierne Gleichgültigkeit nicht mit Hinweisen auf den schwerfälligen Apparat mildern. Man darf die Hoffnung vielleicht nicht aufgeben, daß die zuständigen Stellen sich der Meinung nicht verschließen, daß es für das IAA vorteilhaft sein dürfte, wenn es in Sachen der 40-Stunden-Woche erfolgreicher ist, als in Sachen des Achtstundentages.

Umschmunzelung der Gewerkschaften

F. K. Gegen die Gewerkschaften hat das Unternehmertum mit seinen journalistischen und politischen Agenten stets das schwerste Geschütz aufgeföhren. Es gibt kein Giftwort, das ihnen nicht zugebracht worden wäre. Und wenn die Giftmüden gar nichts mehr wußten, dann schrien sie aus, die Gewerkschafter seien — Marxisten, von denen alles Übel im Himmel wie auf Erden herrühre.

Hierin ist seit einigen Wochen ein wundersamer Wandel zu beobachten. Die Gewerkschaften werden von mehreren Seiten gleichzeitig umschmunzelt. Der Herr von Papen höchstselbst, der Nazimann Gregor Straßer, die erreaktionäre Berliner Börsenzeitung, ja selbst der nationalsozialistische Völkische Beobachter geruhen an den freien Gewerkschaften anerkanntswerte Eigenschaften, vornehmlich aber nationalen Schick zu entdecken, der sie geeignet erscheinen lasse, an der „Seite der Nation“ Platz zu nehmen.

Der Stellungswechsel der reaktionären Herrschaften ist zu auffällig, als daß er nicht von der bürgerlichen Presse mit verschiedenfarbigen Augengläsern gemustert und tief-sinnig erörtert würde. Die kommunistische Presse gar, die bekanntlich das Gras wachsen hört, spricht schon mit tartarischen Ausdrücken von einer — Koalition Leipart-Straßer-Schleicher.

Nachdem die Umschmunzerei der Gewerkschaften kurz angedeutet worden ist, wenden wir uns ernstlichen Sachen zu: Die Anbiederung an die Gewerkschaften von verschiedenen ihrer wildesten Gegner kommt bestimmt nicht von ungefähr. Das läßt schon ihre Gleichzeitigkeit annehmen und ihre Gleichartigkeit. So ziemlich jeder der Umschmunzler gestattet sich, bei den Gewerkschaften — im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei — eine „gut nationale“ Gesinnung hervorzuheben: es sei, um mit dem Völkischen Beobachter zu sprechen, „lediglich der geschickt durchgeführten Personalunion in den

Führerstellen zu verdanken, daß die Gewerkschaften nicht „an der Seite der Nation“ stünden, wohin sie gehörten“.

Jeder halbwegs Kundige wird dies eine beachtenswerte Einfältigkeit nennen. Wie es mit der „nationalen“ Gesinnung der gewerkschaftlich organisierten Masse bestellt ist, glauben auch wir einigermaßen zu wissen. Wir versagen uns jedoch, unsere Kenntnis in diesem Zusammenhang mitzuteilen, um die reaktionären Herrschaften nicht zu betriben. Immerhin glauben wir noch beifügen zu sollen, daß es vollendet lächerlich ist, in dieser Sache einen nennenswerten Unterschied zwischen der gewerkschaftlichen Masse und der SPD herauszuziehen.

Da ein derartiger Unterschied nicht besteht, so sind füglich auch alle die darauf basierenden Kalküls hinfällig. Dessenungeachtet dürfte es mit den Kalküls weitergehen, weil die politisch-wirtschaftliche Entwicklung dazu drängt.

Man verrät kein Geheimnis mit der Mitteilung, daß das Wirtschaftsprogramm der Regierung, um es milde auszudrücken, weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die amtlichen Stellen, die jeden Fall von Einstellung von

Aus dem Inhalt

	Seite
Verschärfte Klassenkämpfe — Arbeitsamt und 40-Stunden-Woche — Umschmunzelung der Gewerkschaften	271
Empörung über den Rundfunk — Verbrauchssteuern einer Arbeiterfamilie	272
Die jugendliche Arbeiterin — Stahlbad Anno 17	273
Das geht auch dich an — Bezirkskonferenz in Hannover — Die erste Aussperrung in Subl	274
Von Bismarck bis Hitler — Lahusarter — Der spanische Gewerkschaftskongreß	275

Empörung über den Rundfunk

Arbeitslosen peinlich buchen, sind bereit wortkarg geworden. Über die Unternehmer ist die Stunde am Ölberg gekommen. Als sie von der mit zwei Milliarden geölten Ankerbelung hörten, kugelten sie sich vor Entzücken. Jetzt haben sie die Steuerscheine in der Tasche und außerdem die Vermasslung der Warenausfuhr durch die deutsche Agrarpolitik. Dann wachsen die Fehlbeträge in den öffentlichen Kassen beängstigend. Brachts Bericht über den finanziellen Stand der Ruhrstädte ist erschütternd. Ein erheblicher Teil des künftigen Steuer-aufkommens ist durch die Steuerscheine und die vielen anderen Liebesgaben schon dahin. Die deutsche Außenpolitik steht im Zeichen stärksten Frostes. Zu allem Überfluß hat die Regierung der nationalen Konzentration eine für sie kopfnüssige Holzerei mit den Bayern zu bestehen, an der wohl auch die biedereren Schwaben und Badenser teilnehmen werden.

Dies alles gestattet die Voraussage, daß die Tage der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ gezählt sind. Ihre Rechnungslegung dürfte für die Leute hinter dem Zählstisch wie für die davor ein verteufteltes garstiges Erlebnis sein. Wer wird die üble Erbschaft übernehmen? Hierüber sind in dem neuesten „Führerbuch“ deutliche Hinweise zu finden. Daß die nächste Oberherrschaft, wer sie auch bilden mag, glücklicher sein werde als die gegenwärtige, muß stark bezweifelt werden. Sie wird noch schnellerem Verschleiß ausgesetzt sein. Die Aussicht des geschichtlich berufenen Erben oder Ablösers der kapitalistischen Mißwirtschaft, der sozialistischen Arbeiterschaft, wächst bedrohlich für die Reaktion.

Die Kapitalistenklasse hat es sich sehr viel Schweiß kosten lassen, den Erben, wenn nicht zu vernichten, so doch zu schwächen und zu diskreditieren. Gegen den Kern der sozialistischen Arbeiterschaft, gegen die freien Gewerkschaften hat das Unternehmertum seit ihrem Bestehen Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt. Es hat gegen sie Schlag auf Schlag geführt, seine Presse hat gegen sie Gift und Galle gespien, gegen sie wurden zahllose gelbe Vereine gegründet, und um sie auszuhöhlen, wurden Nazizellen geheuert. Alles umsonst. Gewiß ist der gewerkschaftliche Riese zuweilen seinen Gegnern ausgewichen, gewiß hat er durch die Krise an Umfang und finanzieller Kraft verloren, aber er ist nach wie vor kräftig genug, es mit seinen Gegnern getrost aufzunehmen, zumal, wie die jüngsten Lohnkämpfe genugsam zeigen, auch die infolge Arbeitslosigkeit ausgetretenen Mitglieder den gewerkschaftlichen Lösungen folgen. Mit dem millionenköpfigen Riesen wird daher die Kapitalistenklasse künftig ebenso wie in der Vergangenheit zu rechnen haben. Das weiß natürlich auch die kapitalistische Oberschicht und ihre Trabanten.

Wie aber, wenn man den vermaledeiten Riesen an die „Seite der Nation“ schmunzeln könnte? Wenn man das Experiment, das Brüning mit der Sozialdemokratie machen sollte, mit den freien Gewerkschaften machen könnte? Wenn man sie im Verein mit den „nationalen Kräften“ für die „Rettung des Vaterlandes“, also zur Erhaltung der bankrotten kapitalistischen Gesellschaft verketten könnte? Solche Fragen tauchen unter anderem in den „Führerbüchern“ in positivem wie in hypothetischem Sinne seit längerer Zeit auf. Würde der Versuch gelingen, die Kapitalistenklasse hätte, so meint man, unendlich viel gewonnen. Einmal an die „Seite der Nation“ gekettet, könnte der Riese in die Verantwortung für die kapitalistischen Missetaten eingespannt, ihm die Schuld an der steigenden Misere der Arbeiterschaft angehalet, dabei seine Hilflosigkeit bewerkstelligt und hervorgerufen, sein guter Ruf zerstäubt und das Vertrauen der Masse zu ihm unterwühlt werden. Die Geschäfte aber machten die „aufbauwilligen Kräfte“ und ihre hohe Güternerschaft. Die kapitalistische Oberschicht wäre ihres schwersten Alpdrucks ledig und eine „grundsätzlich neue Staatsführung“ könnte nun eigentlich erst beginnen.

Wie man sieht, hat unsere verchröchte Oberschicht große Rosinen im Kopf. Man geht nicht fehl, wenn man die Umschmunzelung der freien Gewerkschaften als den Anfang des lieblichen Planes auffaßt. Der Plan ist sicherlich recht geschick, aber auch recht plump. In großen Dingen schlaue zu sein, hat noch nie gut getan. Die freien Gewerkschafter werden das aufs neue beweisen. Sie werden die Umschmunzelung so bewerten, wie sie bewertet werden muß: als ein einfältiges Manöver.

Der Großindustrielle Hoersch „zeitweise geistesgestört“

Das ist weiß Gott keine „üble Nachrede“ oder gar „böswillige Verleumdung“ oder „marxistische Lüge“, sondern dieser bekannte Großindustrielle der Hoersch AG, Köln-Neustadt, behauptet von sich selbst oder, richtiger, er läßt es von seinem Rechtsanwalt behaupten, um aus seinen zahlreichen Verbindlichkeiten herauszukommen. Robert Hoersch hatte nämlich vor einiger Zeit alle möglichen Aktien aufgekauft, sich an allen unmöglichen Geschäften beteiligt — ohne Zweifel nach einem gewissen System, wie ja auch jeder Spieler nach einem gewissen System gewinnen und verdienen will. Das Hoersch'sche System allerdings klappte nicht recht, so daß er für etliche hunderttausend Mark Verbindlichkeiten am Bein hat.

Jetzt kam das Nachspiel vor dem Dortmunder Landgericht, wo ein Teil der Gläubiger Klagen anhängig gemacht hat. Im Termin ließ Hoersch durch seinen Rechtsanwalt erklären, daß er „zeitweise geistesgestört“ sei. In geistesgestörter Verfassung will Hoersch seine Künfte usw. gemacht haben. Alle diese Künfte usw. seien ungültig und nicht rechtsverbindlich, weil der Herr Großindustrielle „sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit und krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war“.

Die Rechtsanwälte der Kläger wiesen sofort darauf hin, daß Herr Hoersch ständig als Handelsrichter bei der Dortmunder Kammer tätig gewesen sei, stets an den Sitzungen teilgenommen, Urteile mitgehört habe usw. Niemand habe etwas von „Geistesstörung“ bemerkt. Zum Beweise beantragten sie, die Handelsrichter und den Kammerpräsidenten darüber als Zeugen zu hören. Ein entsprechender Beweiserhebungsantrag soll nun ergehen.

Es ist immerhin recht beachtenswert, daß ein Großindustrieller sich selbst als „zeitweise geistesgestört“ bezeichnet. Und will sogar behaupten, wenn wir den Praxen des deutschen Kapitalismus kritisch betrachten, daß die „geniale Wirtschaftsführer“ durchaus den gleichen Ehrentitel für sich in Anspruch nehmen können, nur des einschränkende Wörtchen „zeitweise“ müßte gestrichen werden. **Hoe.**

Die Empörung über den Rundfunk ist allgemein. Sie ist in allen Volksschichten zu finden. Sie wird uns mündlich und brieflich in Ausdrücken mitgeteilt, die meistens so drastisch sind, daß wir sie wiederzugeben nicht wagen können. Daß die Empörung vollauf berechtigt ist, erfährt man aus dem Lautsprecher. Er plärrt schon am frühen Morgen Militärmärsche, und am späten Abend auch. Was außer den Kasernentönen noch geboten wird, ist meist nicht besser. Die Herren des Rundfunks wollen offenbar mit aller Gewalt die Hörer zur „Wehrfreudigkeit“ erziehen, und gleichzeitig soll ihnen Begeisterung für die staatsmännische Kunst der derzeitigen Regierung eingebleut werden.

Diesen letzteren Sport lassen sich die Herren Minister selbst sehr angelegen sein. Schade, daß sie nicht einmal hören können, mit welchen Ausdrücken ihre Reden abgestellt werden. Das arge Mißverhältnis zwischen ihren Reden zum Volk und ihren Taten fürs Volk geht, wie aus Schreiben an uns hervorgeht, selbst frommen Bürgern auf die Nerven. Auch sie sind empört darüber, daß sie sich für ihr gutes Geld mit Schnäpseratung und gleich lieblichen Reden anöden lassen müssen. Sie fordern uns auf, für den Boykott des Rundfunks einzutreten. Es haben in der Tat schon Zehntausende den Rundfunk abbestellt, und es dürften noch viel mehr das gleiche tun. Wir können uns nicht entschließen, der Forderung nachzukommen, weil wir meinen, daß dadurch nichts gebessert wird.

Jede böse Sache hat aber auch, wie jetzt wieder bewiesen wird, ihre gute Seite. Bekommen doch jetzt auch die guten Bürger durch den Rundfunk eine vortreffliche Möglichkeit, herauszufinden, was eine Regierung der Barone bedeutet. Besonders für die jüngeren Bürger, die die herrliche wilhelminische Zeit, wo die Junker ganz allein herrschten, nicht aus eigener Erfahrung kennen, muß dieser Anschauungsunterricht äußerst probat sein. So von früh bis spät abends, zumal in der jetzigen Notzeit, wo man ein wenig Zerstreuung bitter notwendig hat, mit einer Musik, die die Nerven zerreißt, und mit Feldwebelstimmen, die den Magen umkehren, behelligt zu werden, das muß den frömmsten Bürger in Wut bringen — gegen die „grundsätzlich neue Staatsführung“. Daraus quillt für die Gegner dieser lieblichen Staatsführung eine große Hoffnung. Und die Kräuter dieser unvergleichlichen Staatsführung tun weiß Gott ihr möglichstes, daß die große Hoffnung bald in Erfüllung geht. Das war ihren gleichwertigen Vorfahren nicht möglich, weil sie das vortreffliche Mittel des Rundfunks nicht besaßen. Schade, hätten auch früher schon die preußischen Junker den Rundfunk besessen, das deutsche Volk hätte sich gratulieren können.

Mit ihrer neuen Rundfunkführung hat, das scheinen die dummen Bürger noch gar nicht zu wissen, die weise Regierung nur das Wohl des Volkes im Auge. Zu diesem löblichen Zweck hat sie sich gleich nach ihrem Amtsantritt des Rundfunks erbarmt. Sie will ihn „entpolitisieren“; sie will ihn in den Dienst der ihr so schwer am Herzen liegenden „deutschen“ und „christlichen“ Erziehungsgrundsätze stellen. Daher die Trompetenstöße und Kasernenklänge. Kurz, das Volk soll künftig als Gegenleistung für die von ihm erstatteten Hörgebühren mit den politischen und erzieherischen Segnungen der Herrschaft beglückt werden.

Das Kernstück der organisatorischen Änderungen besteht in der Umformung der Reichsrundfunk- und der

einzelnen Rundfunk-Aktiengesellschaften zu gemeinsamen GmbHs und Ersetzung der bisherigen politischen Überwachungskörperschaften durch besondere Staatskommissare. Den letzteren stehen — gleich dem Verwaltungsrat bei der Reichsrundfunkgesellschaft — besondere Ausschüsse von Regierungsvertretern zur Seite. Diese Formen der Mitwirkung wurden im Reichsrat von den Ländern durchgesetzt, die sonst nach Fortfall der von ihnen einberufenen politischen Überwachungsausschüsse und des Mithberufungsrechts der Sendeleiter jeglichen Einfluß auf die Programmgestaltung verloren hätten.

Zum Reichskommissar, dem die Programmfragen und die Überwachung der Richtlinien für den Programm- und Nachrichtendienst anvertraut sind, wurde bekanntlich der Ministerialrat Scholz ernannt. Die Beseitigung politischer und künstlerischer mißliebiger Persönlichkeiten, die planlose Schaffung neuer Stellen, für deren Besetzung weniger die Eignung als die politische Zugehörigkeit entscheidend war, gehört zu seinen Taten. Dabei griff er auf die „aufbauwilligen nationalen Kräfte“ zurück und beschränkte sich auf den Kreis der der Deutschen nationalen Partei zugehörigen oder nahestehenden Personen erst, als die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung außer Betracht lag. Wenn wir noch an die gleichzeitig dem „Parteiuchbeamten“ angesagte Fehde erinnern, so rundet sich das Bild von der „Entpolitisierung“ des Rundfunks reizvoll ab. Die weit über die Zahl der Abberufungen hinausgehenden Neueinstellungen, die Auszahlung für die bisherigen Kräfte belasten überdies die Steuerzahler mit beträchtlichen Summen.

Besonders in der Arbeiterschaft herrscht, wie schon gesagt, über die politisch einseitige Handhabung und Verküschung des Programms helle Empörung, die sich begreiflicherweise in Abbestellungen auslöst. Der Einfluß auf die Programmgestaltung wird jedoch nur dann gewährleistet werden, wenn die linksstehenden Hörer zahlenmäßig stark bleiben. Die in der Freien Funkzentrale vereinigten Organisationen werden in Kürze darüber Richtlinien veröffentlichen, wie der Kulturreaktion im Rundfunk zu begegnen ist.

Schon jetzt sei gesagt, daß Einzel- und Massenbeschwerden über reaktionäre Darbietungen an die Sendeleitungen ergehen müssen, daß in Versammlungen und Konferenzen immer erneut mit dem Willen zur Abwehr auf die Kulturreaktion hinzuweisen ist, daß die Arbeiterpresse mehr noch die gebieterische Pflicht hat, die Vorgänge im Rundfunk zu verfolgen und den rundfunkkritischen Teil auszubauen, daß Hörgemeinschaften auch beim Abhören von Veranstaltungen mit gegenläufigen Tendenzen ein wirkungsvolles Mittel der Rundfunkkritik darstellen; daß machtvolle Kundgebungen dann zu veranstalten sind, wenn die unmittelbaren Interessen der Organisation verletzt werden; daß der von vielen Seiten gewünschte Hörerstreik im Zusammenhang mit dem machtpolitischen Kampf zu betrachten ist und nur gemeinsam mit den Spitzenorganisationen beschlossene werden kann.

Die in der Freien Funkzentrale vereinigten Spitzenorganisationen der werktätigen Bevölkerung fordern alle Mitglieder ihrer Verbände auf, sich in die von ihnen geschaffene Front fortschrittlicher und werktätiger Hörer einzureihen, um die sich auch im Rundfunk breitmachende Kulturreaktion mit aller Macht zu bekämpfen.

Verbrauchssteuern einer Arbeiterfamilie

Eine Sonderuntersuchung des Statistischen Reichsamtes über die steuerliche Belastung des Haushaltsbedarfs (Heft 21 der Einzelschriften) sucht die Höhe der Verbrauchssteuern an den Ausgaben der Einkommensbezieher zu errechnen. Es wurden nur die Verbrauchssteuern einschließlich der Zölle und der Umsatzsteuer in die Untersuchung einbezogen, während die anderen Abgaben, wie Hauszinssteuer, Sozialbeiträge, steuerliche Mehrleistungen für die kommunalen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe usw. außer acht geblieben sind.

Im Jahre 1929/30 belief sich das Aufkommen aus der Verbrauchsteuer je Kopf der Bevölkerung auf 73,83 M, im Jahre 1930/31 auf 71,21 M. Seitdem sind wesentliche Änderungen eingetreten. Die Umsatzsteuer betrug in der Zeit der Erhebung nur 0,75 vH, gegenwärtig 2 vH. Dieser Unterschied erhöht die Verbrauchsabgaben um ein sehr Beträchtliches, da die Umsatzsteuer bei jedem Umsatzakt entrichtet werden muß. So beträgt die zweiprozentige Umsatzsteuer beim Brot durchschnittlich 4 vH, beim Fleisch 5 1/2 vH, bei zuckerhaltigen Lebensmitteln bis zu 7 vH, für Industrieprodukte 5 vH.

An Umsatzsteuer entfielen je Kopf der Bevölkerung 1929/30 15,84 M. Dieser Posten stieg bis 1932 auf mehr als das Doppelte

an. Hinzu kommt die Erhöhung der Zölle für die wichtigsten Nahrungsmittel, die Erhöhung der Tabak- und der Biersteuer und die Einführung kommunaler Getränkeabgaben. Derart wäre die Belastung je Kopf der Bevölkerung mit Verbrauchsabgaben von 71 M 1930/31 auf mindestens 100 bis 110 M 1932 angestiegen, wenn Rückgang der Verbrauchsmengen und der Preise diese Ausgaben nicht herabgedrückt hätten. Machen wir aus diesem Grunde einen Abschlag von 30 bis 40 vH, so bleibt immer noch eine Belastung mit Verbrauchsabgaben je Kopf der Bevölkerung von mindestens 70 M. Auf eine Familie (Ehepaar mit zwei Kindern), kommt dann eine Belastung mit Verbrauchssteuern in Höhe von 200 M im Jahre, ungefähr soviel wie im Jahre 1930/31, als die verbrauchten Mengen und deren Preise viel höher gewesen waren.

Diese Verbrauchssteuer muß jedoch aus einem stark zusammengeschrunpften Einkommen geleistet werden, so daß die prozentuelle Belastung der Verbrauchssteuern in der Krise sich gewaltig erhöhte. Selbst die Arbeitslosen führen einen recht hohen Teil ihrer Unterstützungen in Form von Verbrauchssteuern dem Staate ab. Durch die hohen Agrarzölle sind gerade die Arbeitslosen, die den überwiegenden Teil der Unterstützung für Nahrungsmittel ausgeben, am härtesten getroffen. Es muß beachtet werden, daß die Agrarzölle nicht nur die Steuerausgaben der Verbraucher erhöhen, sondern ihre Ausgaben für Lebensmittel überhaupt, da als Wirkung der Zölle die Preise im Inland hoch gehalten werden. Diese Zollverteuerung blieb freilich außerhalb der Statistik des Reichsamtes, sie müßte jedoch bei Beurteilung der Höhe der Verbrauchssteuern in Rechnung gezogen werden. Wir würden dann zu einer noch höheren Belastung des Haushalts des Arbeiters und insbesondere der Arbeitslosen kommen.

Monatlich 181 Selbstmorde in Berlin

In Berlin haben sich im Monat September an jedem Tag etwa 6 Personen das Leben genommen. Eine noch größere Zahl, etwa 9 bis 10 je Tag, sind Selbstmordversuche, die im letzten Augenblick verhindert wurden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die ständig steigende Zahl der Selbstmorde in Berlin wie in den übrigen Großstädten mit der verzweifeltsten Wirtschaftslage zusammenhängt. Wenn der Kampf gegen die Widerwärtigkeiten des Lebens schließlich aussichtslos erscheint, dann sehen manche Menschen keinen anderen Ausweg, als zum Revolver oder Strick zu greifen. Tragik des erbarmungslosen Lebens im Zeitalter politischer und wirtschaftlicher Reaktion.

Nationalsozialistischer Zimtmacher

In einer Versammlung im Berliner Sportpalast gab der Nazi Gregor Straßer folgenden Zimt von sich: „Sozialismus ist der Pflichtbegriff des alten deutschen Bauern! Sozialismus ist der Dienstbegriff des deutschen Soldaten! Sozialismus ist nichts anderes als in die Tat umgesetztes Preußentum!“ Oder sollte der Zimtmacher seinen eigenen Sozialismus damit gemeint haben? Sehr wahrscheinlich.



Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss
Copyright 1930 by Fasaner-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Durch die dicke, entsetzliche Luft hören wir seine fieberwunden Worte ... abgehakt, aufflackernd, ersterbend ... Er lacht manchmal zwischen Hustenanfällen ... jetzt zählt er irgendwas zusammen, als sitze er vor seinen Kontobüchern im Büro: er flucht plötzlich, ich glaube, seine Rechnung will nicht stimmen ... er fängt von vorne an ... Übertrag ... hahahaha ... zweitausendvierhundert ... sechs ... und ... dreißig ... Dann weint er leise vor sich hin, vielleicht ist er einen Augenblick bei Bewußtsein ...

Ich krieche zu ihm hin, wische ihm den perlenden Schweiß von der grauen Stirn, nehme ihm die Brille ab ... er trug sie immer, Tag und Nacht, schon in der Garnison ... er hat ein Sechstel Sehschärfe und lebt in beständiger Angst, er könne bei einem Alarm nicht so schnell seine Brille finden, sie ist ein Körperteil von ihm, es sind seine Augen. Noch jetzt, in der Bewußtlosigkeit, faßt er instinktiv nach den Augen, tastet nach der Brille. Ich setze ihm die Brille nicht wieder auf ...

Ich stelle eine Kerze auf seinen Helm, der über ihm in einem Erdenschnitt liegt. Im flackernden Licht öffne ich ihm den Rock, gieße ihm etwas Fusel auf die spitz hervorstechende, schweißnasse, gelbschimmernde Brust. Es sind nur noch Haut und Knochen, rasend schlägt das Herz in der armen Hühnerbrust, pfeifend und rüchelnd geht der schnelle Atem, als wolle er das davonlaufende Leben wieder einholen ...

Ich benetze seine Lippen etwas mit dem Spritt, träufle ein wenig auf die Stirn: er schlägt die Augen auf, weite, brennende, entzückende Augen in tiefen, aschfarbenen Höhlen ... „Hans ...“, sage ich ... er blickt mich an, erkennt mich auf Sekunden, „Hans, du kommst nun bald nach hinten ...“ Sein Blick wird fragend, er reißt die Augen noch weiter auf: „Müssen ... müssen ... wir bald ... stürmen ...?“ Er richtet sich mit übermenschlicher Anstrengung etwas auf. Sein Gesicht verzerrt sich im Schmerz zur Unkenntlichkeit, der furchtbare Gestank läßt mich kaum atmen, ein neuer Durchfall bruddelt unter ihm in den schlammigen Kot. Mir geht es nicht besser: ich greife nach meinem Sandsack.

Er ist zurückgesunken, seine Augen stehen halb offen, die Hände liegen trocken und heiß in den meinen. Er läßt vor sich singt, singt eine fremde Melodie, wie ein Kind, das unbeachtet spielt. Er ist wieder bewußtlos; langsam zerfällt das Gesicht, der Unterkiefer weicht zurück wie bei einem zahnlosen Greis ...

Ich sitze und sitze und blicke mit versinkenden Sinnen in das entstellte Gesicht ... Berberig ist das nicht mehr ... seine Mutter würde ihn nicht mehr erkennen ...

Eine fette, fast wie ein Kaninchen große Ratte huscht über ihn hinweg, bleibt Sekunden an seinem Kopfende hocken, blinzelt mich mit klugen, frechen Augen an ... Ich bin so apatisch, daß ich nicht die Kraft habe, sie zu verscheuchen, hebe nur ein wenig den Arm ... da huscht sie weg, gleitet in die Dunkelheit ...

Ich schaue und schaue in das arme, kleine Gesicht meines sterbenden Kameraden. Er ist jetzt ruhig, rasselnd entweicht das Leben aus der verkrüppelten Brust.

Der keuchende Atem der Kameraden im Unterstand schreckt mich einen Augenblick auf ... sie wälzen sich in Schmerzen hin und her ... einer taumelt hoch, von dem Gruppenführer, einem gestern uns zugeteilten, vierschrotigen Gefreiten, den ich noch nicht näher kenne, barsch geweckt: es ist Bossin, der auch in meiner Gruppe ist. „Los, ablösen ...“, karrt der Gefreite, der der einzige zu sein scheint, der noch von dieser schrecklichen Krankheit verschont ist; denn er geht fest und aufrecht zwischen uns.

„Ich ... ich kann doch nicht, Herr Jefeita, ich ... ich ha so große ... so große Schmerzen im Bauch ...“, Bossin winselt ihn an. Aber der andere gibt ihm sein Gewehr und schiebt ihn hinaus. Dann tritt er zu uns hin, sieht Berberig mit einem schnellen Blick an, als wolle er sagen, daß er sich beim Sterben beeilen möge, und geht dann wieder in seine Ecke. Ich höre, wie er das Schloß aus seinem Gewehr nimmt und die Klarre reinigt.

Berberig wird wieder unruhig; er reißt die Hände hoch, tastet an seinem Leibe herum, als suche er etwas. Er richtet sich hoch, ich stütze ihn und gebe ihm wieder einen kleinen Schluck Schnaps. Da kommt er zu sich, sieht mich mit einem schrecklich angstvollen Blick an und murmelt: „Bist du es ... Hamburger ...“ Er weint, ein paar Tränen krollen ihm aus den entzündeten Augen ... seine Zähne knirschen plötzlich im Krampf ... dann sinkt der Unterkiefer wieder zurück, die Nase tritt allmählich immer spitzer und weißer hervor. Ich muß meinen Kopf dicht ranhalten, das Sprechen macht ihm schon Mühe: „Kommst ... der ... der Sanitäter ... wohl noch?“

„Habt ihr ihn ... nicht ... geholt ... Kamerad? ... Ich ... bin doch ... so ... so ... krank ... nicht? Ich ... bin ... doch ... doch ... sehr krank ... Laßt ... laßt mich doch ... endlich ... wegbringen, Kamerad ...“ Er lächelt sogar ein wenig, vielleicht hat er ein schnelles, vorübergehendes Traumbild aus der Heimat. „Wenn ich ... nach ... nach hinten komme, — dann ...“ aber jetzt wird sein Oberkörper mit einmal ganz starr und steif, er stößt mich in einem ... all von sich, es sieht aus, als wolle er aufstehen, wie ein ... er Sack bricht er zusammen, richtet sich wieder mit furchtbarer Anstrengung hoch und schreit dann plötzlich los: „Oh ... oh ... ich muß sterben ... ich muß sterben ... sterben ... sterben ... Nein! Nein! Nein! Ich will raus ... ich will hier raus! Ich will ... ich will ... nicht ... nicht sterben! Oh, oh — lieber, lieber Gott!“ Seine Stimme verlischt, er liegt mit hintenübergesunkenem Kopf und stöhnt nur noch gegen die Decke, von der es weiter heruntertropft, monoton, Tropfen für Tropfen.

Ich wische ihm wieder den Todesschweiß von der Stirn, streichele den wimmernden Kopf und beuge mich zu ihm. Er erkennt mich noch einmal, schließt dann die Augen, das Gesicht ist wie weggewischt ... er drückt mir schwach die Hand: „Dank ... dir ... Kamerad ... gib ... gib ... meine Sachen ... nach ... hinten ... den Keks ... kannst du ... behalten, ja ... is alles ... in dem ... in dem Sandsack ... meine Uhr ... meine Papiere ... den ... den Ring ... von ... von meiner Mutter ... gute ... gute ... Mutter ... Dank ... Dank dir ... Ka ... ka ...“ Er reißt noch einmal die Augen auf, aber sie sind schon starr und fern ... die Hand preßt sich im letzten Krampf um die meine ... ein letzter pfeifender Ton zittert gegen die Decke ... so pfeift der Tod seinem Opfer ... dann erschläft die Hand und sinkt in den Dreck ...

Dunkel stehen einige Kameraden um mich herum, ich weiß nicht, wer es ist, ich wünsche tief und sehnlich, daß ein Vollertrifer hier einhaue und mit allem Schluß mache ...

„Der hat's gut ...“, höre ich eine Stimme, dann die Stimme des Gefreiten: „Los, faßt mal mit an, verflucht ... stinkt das ... schaufele mal einer den Mist zu ... nu man los ... nu man los ... zwei Mann ... wir graben ihn hinten ein ... es ist grad ruhig draußen ... Fass an, hoch ...“ „Schlappschwänze“, höre ich den Gefreiten; wie durch einen Nebel sehe ich, wie er den Körper Berberigs packt und ihn sich über die Schulter legt. Aus dem Munde des Toten sabbert es heraus in langen Streifen, ich sehe den armen, verschmierten Hintern, wie angefressen ... Mit schweren, sicheren Schritten geht der Gefreite nach oben

... Berberig wiegt höchstens noch achtzig Pfund ... Ich kann gar nichts mehr denken ... warum weine ich denn nicht? Warum schreie ich denn nicht? O Gott ... ich ... kann ... ja ... gar nicht ... mehr denken ...

Am Morgen des 6. November stehen wir zum Sturm gegen die französische Stellung am Birkenhölzchen und Kiefernbusch in den Gräben bereit. Es sind drei Stoßtrupps gebildet, — wir gehören dazu, wir sollen in Verbindung mit Leuten eines Sturmabteiles angreifen.

Unsere Artillerie schweigt: es wird ein schwerer Angriff werden; wir sollen ohne Artillerievorbereitung stürmen, der Gegner soll überrumpelt werden, — das ist nur möglich, wenn unser Angriff nicht durch Trommelfeuer angekündigt wird. Nur ein Abriegelungsfeuer soll uns beim Vorgehen unterstützen.

Es sollen Gefangene gemacht werden, um Aufschluß über die Stärke und nähere Art des Gegners zu erhalten. Wir haben den feindlichen Graben gesehen, er liegt ungefähr zweihundert Meter entfernt. Wenn klare Luft war, haben wir manchmal flache Stahlhelme über dem Rand des Grabens erblickt.

Zweihundert Meter: eine Unermeßlichkeit, aufgewühlt von Granaten, Trichter an Trichter, mit Wasser gefüllt — jeder Sprung nach vorn ein Hängen zwischen Leben und Tod, jede Sekunde sinnlose Hoffnung auf einen neuen Sprung, ein neues Hineinklatschen in den Schlamm, ein letztes, verzweifeltes Hineinwühlen in die armselige Deckung.

Es ist unser erster Sturm, aber wir wissen, daß es für viele der letzte schreckliche Anlauf in den Abgrund blutigen Todes ist ...

O, Mütter — wenn ihr uns sehen könntet!

Um sieben Uhr stellen wir uns vor den Sturmleitern auf, Sturmgepäck gerollt, Handgranaten im Beutel, das Gewehr über den Rücken gehängt, jeder zweite Mann mit Draht-

schere. Unsere Sachen bleiben mit unseren Tornistern im Graben. Wenn wir zurückkommen, sollen wir in Ruhe nach hinten. Wenn wir nicht zurückkommen, werden wir unsere Ruhe zwischen den Gräben finden ...

Um 7.26 Uhr soll der Vorstoß sein ... Wie wahnsinnig nüchtern ist die Sprache, die uns Befehl ist: Vorstoß ... Gefangene machen ... sieben Uhr sechsundzwanzig ... Stumpf nehmen wir die Begriffe in uns auf: wir stehen wie vor der Hinrichtung, unser Herzschlag dröhnt durch den verseuchten Leib, die Sekunden sind Erdschollen, die dumpf in das Grab unserer Verzweiflung poltern ...

Ich sehe unser Drahtverhau: die schwarzverklumpten Leichen winken, — wir sollen ihnen brüderlich Gesellschaft leisten ...

Wir empfangen jeder einen Trinkbecher Schnaps mit Wein vermischt. Wir können uns kaum aufrecht halten vor Schwäche, wie sollen wir die Kraft aufbringen, das grauenhafte Niemandsland hinter uns zu bringen? ... Wir, die lebenden Toten, ausgefressen von der Ruhr ... seit langem Todgeweihte, denen dieser Sturm den letzten erlösenden Stoß geben soll ...

Leutnant Hagar ist der Führer unseres Sturmtrupps, des mittleren in der Linie. Er steht zwei Schritte rechts von mir, schnallt sich das Sturmband fester, nestelt nervös an der Schnalle. Das rechte Bein hat er in einen Erdenschnitt gesetzt, der rechte Arm stützt sich auf das Knie, — er blickt starr auf den vorrückenden Zeiger seiner Leuchtuhr. Ich sehe in der Dämmerung die weitaufgerissenen Augen, jede Sekunde zuckt in ihnen nach, das schmale Kindergesicht ist aschgrau ... Plötzlich springt er von einem Mann zum andern, prüft die Sicherheit der Sturmleitern, faßt sich dann nach dem Kragen, als könne er keine Luft kriegen. Bei mir bleibt er eine Sekunde stehen, mir ist, als wolle er mich etwas fragen, seine starren Augen blicken sekundenlang in die meinen, plötzlich verschwindet der stiere Ausdruck, ein unruhiger, flehender Ausdruck tritt hinein, — er öffnet den Mund ein wenig, als wolle er sprechen ... Will er von mir wissen, was ihm die nächsten Minuten bringen? — Ich weiß es nicht, lieber Kamerad, wie du mein Schicksal nicht wissen kannst ...

Wir wissen nur, daß dort vorn Maschinengewehre stehen, die gegen uns gerichtet sind ... Er geht wieder an seinen Platz, sein Schritt ist schleppend, ich sehe ihn von hinten, er ist der schwächste Mann des Stoßtrupps ... Der Tod wird es nicht schwer mit ihm haben, wird es nicht schwer mit uns haben, unser Blut wird schnell verpulsen, es fließt so schnell in achtzehnjährigen Leibern ... (Wird fortgesetzt.)

Die jugendliche Arbeiterin

Vor uns liegt ein Buch, das sich überaus wertvoll in die Reihe jener stellt, die zur proletarischen Menschenkenntnis führen: Das Buch einer wissenschaftlichen Frau über die jugendliche Arbeiterin. (Lisbeth Franzen-Hellersberg: „Die jugendliche Arbeiterin, ihre Arbeitsweise und Lebensform.“ J. C. B. Mohr, Tübingen, 1932.) Dieses Buch ist deshalb fesselnd, weil es sich von keiner fälschenden Frauenrechtelei zu unrichtigen Schlüssen verführen läßt, so sehr auch die Verfasserin den Aufstieg der weiblichen Arbeiterjugend beglückend erlebt. Es will vor allem das unorganisierte Proletariat ergründen, jenes, das noch nicht durch den großartigen Massen-erziehungsapparat der modernen Arbeiterbewegung hindurchgegangen ist. Das arbeitende Mädchen dieser Schicht wurde in allen Situationen seines Lebens, an den Stätten seiner Arbeit und seines Vergnügens, in Jugendämtern und Fürsorgeerziehungsanstalten, durch Hausrecherchen und Fragebogen möglichst vielseitig beobachtet.

Wenn die vierzehnjährige die Schwelle des Betriebes überschreitet, der ihre Kindheit grausam verfrüht abschneidet und ihre Jugend in den Zwang des Vertienennüssens preßt, dann ist ihr erster Eindruck: Meine Arbeit wird schlechter bezahlt als die des Mannes. Wis ich leiste, ist also minderwertiger. So erlebt das Arbeitermädchen, durch den Gelderwerb äußerlich selbständiger geworden, in Wahrheit dennoch ein neues Abhängigkeitsverhältnis vom Mann, der ihr Werkmeister, ihr Anleiter, ihr Antreiber, der einzige wirkliche Kenner ihrer Maschine ist. Die jugendliche Arbeiterin weiß, daß ihre Aufstiegsmöglichkeit gleich Null ist — die Tragik der Zukunftslosigkeit nennt es die Verfasserin —, und daß sie nur als Weib, besser gesagt als Weibchen, also über den Umweg Mann, zu einem besseren Leben kommen kann. Das Gefühl wahrer Gleichberechtigung kommt auch deswegen nicht zum Durchbruch, weil die allermeisten Mädchen sich den männlichen Kollegen gegenüber physisch weniger leistungsfähig und psychisch gereizter sind. Dazu kommt, daß fast jede Arbeit, die in der Fabrik Frauen zugewiesen wird, in wenigen Tagen erlernt werden kann. Solche Arbeit bleibt bloßes Mittel zum Gelderwerb und jedes innere Interesse ist ihr versagt. Um so mehr, als der Betrieb die weibliche Arbeiterin in das technische und organisatorische Getriebe nicht Einblick gewinnen läßt. 60 vH der beobachteten Mädchen kannten den Zweck des Teilstückes nicht, das täglich acht Stunden durch ihre Hände ging. Während der Großbetrieb für den Mann zum Erwecker und Erzieher geworden ist, zur politischen Keimzelle, zum revolutionären Ergänzungskader, hat er bei der jugendlichen Arbeiterin in dieser Richtung vollständig versagt.

Erotisierung der Fabrik

Das ungeschulte Mädchen bleibt also auch im Betrieb Weibchen, weil das ja das einzige ist, das ihr die Möglichkeit, die Illusion eines Aufstieges vorzaubert. Erotisches Geltungsbedürfnis macht sie dem männlichen Kollegen und Vorgesetzten gegenüber schmiegams, läßt sie aber zur nachbarlich arbeitenden Frau lauernd und streitsüchtig werden. Je besser der Werkmeister diese weibliche Schwäche erkennt, desto mehr

Helft!

Habt offene Augen in dieser Zeit
Und schärfet euren Blick für fremdes Leid!
Denkt nicht an euch selber von früh bis spät,
Nein, sorgt euch erst recht, wie's den andern geht!

Habt offene Ohren für jenen Ton,
Der an die Verzweiflung erinnert schon!
So mancher wäre nicht ganz verzagt,
Wenn einer nur teilnahmsvoll ihn gefragt.

Helft — wenn's irgend geht — mit offener Hand!
Wohl nie war die Not so drückend im Land.
Ein kleines Scherflein vermag oft viel.
Auch zahlreiche Wenig führen zum Ziel.

Das ist's ja, woran es am meisten gebricht:
Ein bißchen Wärme; ein bißchen Licht;
Ein fester Druck unsrer Bruderhand —
Und schon ist die ärgste Verzweiflung gebannt.

M. Schulz

schlägt er daraus für sich und den Betriß heraus. Es ist tief bedauerlich, wie das sexuelle Machtstreben die Arbeiterin isoliert, selten eine sachliche Arbeitsgemeinschaft unter Frauen aufkommen läßt. Man fühlt auf Schritt und Tritt das weibliche Abhängigkeitsverhältnis in der Männeratmosphäre des Betriebes.

Wieso das kommt? Die Mehrzahl der jugendlichen Fabrikarbeiterinnen braucht starke Augenblicke, um das Grau ihres Lebens überhaupt ertragen zu können. Bei 80, vielleicht 90 vH ist die Erotik der Ausgleich für eine unfrohe Kindheit, eine unbefriedigende Arbeit, eine glücklose Zukunft. Diese Arbeiterinnen, die auf der Tanzstätte wie vor der Maschine das überraschend lebensstarke, unbeschwerte, starknervige und leicht zu erfreuende Wesen bleiben, sind fast immer unpolitisch; für jegliche Frage, die außerhalb ihres kleinen Reiches liegt, stumm und taub.

Was hat denn so ein Arbeitermädchen für eine Kindheit hinter sich? Das Zuhause ist ihr kein Heim gewesen, als winziges Kind wird sie im Bettchen angebunden, denn die Wohnung ist leer, als kleines Mädchen muß sie den Familiendienstboten abgeben, der Lohn der Jugendlichen wird wie etwas Selbstverständliches enteignet, die heranwachsende Tochter hat Vater und Brüder zu bedienen. In solch gehetzter Kinderwelt fehlt die Wärme. Was bleibt, ist nur die Erfahrung des Schwächerseins, des Ausgenütztwerdens, und so stirbt der ohnedies geringe Antrieb, aus eigener Kraft ein anderes Leben zu zimmern, frühzeitig ab.

Es gehört zu den wertvollsten sozialpädagogischen Einflüssen proletarischer Erziehung, meint darum die Verfasserin mit Recht, daß sie Knaben wie Mädchen zu gemeinschaftlicher Pflichterfüllung anleitet, was gewiß nicht zur Verwechlichung der einen und Verwilderung der andern, vielmehr zu einer Veredlung zukünftiger Geschlechtsbeziehungen, zu einer Vermenschlichung des hausmütterlichen Schicksals führen soll. Denn wenn sich das proletarische Mädchen — in dem Buche heißt es das „Lasttier der Familie“ — im Elternhaus umsieht, so steht vor ihr eine früh ergraute, an Nerven und Lebenskräften verbrauchte, verbitterte Frau, die auf den Namen Mutter hört. Vor solcher Zukunft flüchtet das Mädchen dann als wirklich einzigem Lichtpunkt in frühzeitiges Geschlechts-erlebnis. Der Tochter graut eben davor, auch so „eine Kerze zu sein, die an zwei Enden brennt“.

Wie steht's mit der Politik?

Neben diesem „erotischen“ Typ, dem weitaus häufigsten, führt Lisbeth Franzen-Hellersberg noch zwei weitere an: den „heroischen“ und den „jugendbewegten“. Was ist mit diesen beiden Begriffen gemeint?

Gerade nur eine bis zwei von hundert jungen Fabrikarbeiterinnen sind wirklich an politischem Geschehen innerlich beteiligt. Nur Mädchen, oder, um in der Sprache des Buches zu reden, die „heroischen“, fühlen sich in der rein politischen Kämpferatmosphäre heimisch. Sie brauchen kein Gefändel, sie wollen Heldin sein im Kampfe um die Seele aller gleich Bedrückten.

Ein wenig anders schon sieht die Autorin das Durchschnittsmädchen in der deutschen sozialistischen Arbeiterjugend und der Kinderfreundebewegung, das sie „jugendbewegt“ nennt. Sie unterstreicht dabei stark den volkspädagogischen Wert der Kinderfreunde. Nur ach: sie kommen, meint die Verfasserin, just an jene allerärmsten Kinder nicht heran, die es am nötigsten hätten. In diesem Punkt haben unsere eigenen Kinderfreunde durch die jüngst geschaffenen Roten-Kinder-Sportgruppen glückliche Abhilfe geschaffen.

Immer aber gibt es auch Vereinzelte, die durch zähen Willen, durch Begabung und vor allem durch eine glückliche Kombination sie begünstigender Umstände aus den Tiefen wirtschaftlicher und geistiger Unselbständigkeit zu einem reicheren Leben aufsteigen. Aber fast keines dieser Mädchen von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, hatte eine ganz schwere Jugend hinter sich. Fünfundsechzig Prozent entstammten den Kinderfreunden! Nur acht gaben an, ihre ganze freie Zeit die ihnen nach der Erwerbsarbeit blieb, der Familie geopfert zu haben. Wichtig ist für sie alle eine schier unbegrenzte Fähigkeit des Hoffens. Illusionsfähigkeit ist für den Aufstieg fast noch wichtiger als hohe Intelligenz. Mit Recht meint die Verfasserin, daß „differenzierten, empfindsamen, komplizierten Menschen der Aufstieg einfach nicht gelingt“.

Nicht alle Schlüsse der Verfasserin können wir uns zu eigen machen, aber um so mehr ihre Grundauffassung: die ehrliche Selbsteinschätzung der Arbeitermutter und des Arbeitermädchels. Das ist unerläßlich, wenn aus dem Solidaritätsgelübde, das auch in den indifferentesten Proletarierinnen schlummert, Aufstieg durch Klassenbewußtsein möglich werden soll.

M. P. (Wiener Arbeiter-Zeitung)



Verbandsleben



Das geht auch dich an

Wie vielseitig die Aufbauarbeit der Gewerkschaften ist, welchen Umfang sie angenommen hat — darüber sind sich gewiß nicht alle organisierten Arbeiter im klaren. Die Unorganisierten aber wissen gar nichts davon. Ihr müßt es ihnen sagen, Kollegen, gerade jetzt und immer wieder. Es kommt auf jeden von euch an.

Denn gerade diese Zeit erfordert eure aktive Mitarbeit. Wenn die Not der ständige Gast in jedem Arbeiterhaushalt ist, wenn der Gedanke an die Millionen Menschen Tag und Nacht nicht verläßt, so erstirbt in ihnen die Fähigkeit, über die Sorgen ihres täglichen Lebens hinaus zu blicken. Sie können, sie wollen nicht mehr Anteil nehmen an dem Kampf um eine neue Lebensordnung. Es geht über ihre Kraft, Verständnis aufzubringen für die Aufgabe, nun erst recht zusammenzustehen und allen Enttäuschungen der Gegenwart zum Trotz den Willen für eine bessere Zukunft lebendig zu halten. Dieser Wille ist aber die einzige Gewähr, daß sie jemals kommen wird.

Sie kommt nicht von selbst. Nichts ist der Arbeiterschaft umsonst in den Schoß gefallen. Alles hat sie verständnislosen und böswilligen Gegnern abtrotzen müssen. Oder glaubt ihr, daß der Staat von einst, dieser brutale Stiefvater der Arbeiterschaft, sich aus freien Stücken bequemt hat, den gewerblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Männer, für die Frauen, ja auch nur für die Kinder einzuführen? Die Älteren von euch wissen Bescheid. Sie haben es miterlebt. Aber die jüngeren Kollegen, eure eigenen Kinder — was wissen sie von dem hartnäckigen Widerstand, den jede fortschrittliche Maßnahme auf diesem Gebiete zunächst bei den Unternehmern, bei den Behörden, bei der gesamten Öffentlichkeit gefunden hat?

Und war es nicht das gleiche bei dem staatlichen Schutz für Kranke, Invalide oder gar Arbeitslose? Galt nicht jede Unterstützung der Arbeitslosen, dieser unverschuldeten Opfer der wirtschaftlichen Schwankungen, als „Faulheitsprämie“? Hat sich nicht der Staat, haben sich nicht die Gemeinden — von den Unternehmern ganz zu schweigen — auf das äußerste gewehrt gegen die Zumutung, „Tagediebe“, „Arbeitsscheuen“ — und wie man sonst die Volksgenossen nannte, die zum „Feiern“ gezwungen waren — das Recht auf Hilfe, auf eine notdürftige Sicherung ihrer Existenz zuzugestehen? Wer hat sich dieser von den öffentlichen Instanzen wie von der privaten Wirtschaft in gleicher Weise im Stich gelassenen Menschen angenommen, soweit sie selbst die Zeichen der Zeit verstanden und sich zu solidarischer Selbsthilfe zusammengefunden hatten? Allein die Gewerkschaften.

Sie haben ihren arbeitslosen Mitgliedern in wirtschaftlichen Notzeiten aus eigenen Mitteln Unterstützung gewährt. Die Gewerkschaften haben aus eigener Kraft nicht nur ihre arbeitslosen Mitglieder unterstützt. Sie haben für alle Arten Unterstützungen, für Rechtsschutz, für Reiseunterstützung, für Kranken-, Sterbe- und Notfallunterstützung in den vergangenen vier Jahrzehnten Milliarden Mark verausgabt. Diese Milliarden hat die organisierte Arbeiterschaft selbst aufgebracht. Aber sie sind ihr auch zugute gekommen. Der unorganisierte Arbeiter denkt nur an sich selbst. Der organisierte Arbeiter denkt an die Zukunft, an die Wechselfälle des Lebens, an die kürzeren oder längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit, und er denkt nicht nur an sich, er denkt an seine Kameraden neben sich in der Werkstatt. Er sehnt sich nach menschlicheren Lebensbedingungen, aber er will sie nicht nur für sich selbst und die Seinen, er will sie für alle, für seinen Nachbar im Betrieb wie für die Kollegen irgendwo in einer anderen Stadt, in einer anderen Fabrik.

Wie sollen die Arbeiter zu menschlicheren Lebensbedingungen kommen, wenn sie sich nicht zusammenfinden zur Selbsthilfe, wenn sie nicht zusammenlegen, was sie erübrigen können, wenn sie nicht Männern und Frauen ihres Vertrauens die Aufgabe zuweisen, diese Mittel zu verwalten, ihren Kampf zu organisieren, die Selbstverwaltung der Arbeit aufzubauen und durchzuführen.

Vier Jahrzehnte sind es her, seit sich die Gewerkschaften in der Generalkommission zusammenschlossen, dreizehn Jahre seit der Gründung des ADGB. In diesen vierzig Jahren betragen die

Gesamteinnahmen 1891 bis 1931 4.571.378.437 M
Gesamtausgaben 1891 bis 1931 3.705.321.447 M

Sein im Jahre 1931 belief sich die Gesamteinnahme auf 184,3 Mill. M, die Gesamtausgabe auf 215,6 Mill. M.

In einzelnen haben die freien Gewerkschaften (ohne Inflationsjahre) in der Zeit von 1891 bis 1931 ausgegeben:

für Reiseunterstützungen	22.704.520 M
Arbeitslosenunterstützungen	539.603.465 „
Krankenunterstützungen	370.895.143 „
Invalidenunterstützungen	42.761.312 „
Sterbefallunterstützungen	49.904.774 „
Umzugs-, Notfall- und sonstige Unterstützungen	87.879.239 „
Rechtsschutz an Mitglieder	15.072.936 „
Bildungszwecke und Presse	251.482.297 „
Streiks u. an gemäßregelte Mitglieder	864.650.450 „

Unzähligen Arbeitern ist auf diesen Wegen in Zeiten der Not, der Krankheit und Arbeitslosigkeit geholfen worden. Und wer hat die Hilfe geleistet? Die organisierten Arbeiter selbst.

Bezirkskonferenz in Hannover

Am 23. Oktober tagte in Hannover die Konferenz des Bezirks Hannover, an der 95 Delegierte und Gäste aus 38 Verwaltungsstellen teilnahmen. Bezirksleiter Striefler begrüßte die Teilnehmer, insbesondere den Vorstandsvertreter, Kollegen Fr. Metz, und den Vertreter des ADGB, Kollegen Brennecke. Sodann teilte er mit, daß durch die Aufteilung des Bezirks Bielefeld die Verwaltungsstellen Bünde, Herford, Minden, Oeynhausen und Osnabrück dem Bezirk Hannover zugewiesen sind. Außerdem hat der Bezirk Halle die Verwaltungsstelle Tangermünde an den Bezirk Hannover abgetreten und dafür die Verwaltungsstellen Blankenburg, Rübeland, Tanne, Wieda und Zorge zugeteilt erhalten. Die Vertreter der neu zum Bezirk gekommenen Verwaltungsstellen begrüßte Striefler besonders. Hierauf sprach Kollege Metz über die Notverordnung und die bevorstehende Reichstagswahl.

Kollege Striefler erstattete dann den Bericht der Bezirksleitung. Im Anschluß hieran wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz stellt sich einmütig auf den Boden der Beschlüsse des Dortmunder Verbandstages. Sie erkennt die Tätigkeit der Bezirksleitung und die Leistungen des Verbandes im Berichtsjahre an; sie stellt fest, daß trotz der verschärften Wirtschaftskrise die Interessen der Mitglieder gegenüber den Machtgelüsten der Unternehmer nach besten Kräften vertreten wurden. Die durch Notverordnungen erzwungene Lohnsenkung sowie der Abbau der Unterstützungssätze in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben die Wirtschaftskrise verschärft und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unter das Existenzminimum herabgedrückt. Die Konferenz erwartet von der Bezirksleitung, daß sie im Einvernehmen mit dem ADGB alles unternimmt, um die Lebenshaltung der Krisenopfer erträglich zu gestalten.“

Mit aller Schärfe wendet sich die Konferenz gegen die Notverordnung vom 4. September und deren Ausführungsbestimmungen, durch die den Unternehmern das Recht zur Zerschlagung der Tarifverträge und zur weiteren Lohnsenkung gegeben wird. Der erneute Raubzug der Unternehmer auf die Löhne und Verdienste wird die völlige Verelendung der ohnehin unter starker Kurzarbeit leidenden Arbeiterschaft zur Folge haben. Die Konferenzteilnehmer erwarten von den Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft, daß alle verfügbaren Mittel angewandt werden, um den geplanten Lohnraub und den Eingriff in die Tarifverträge abzuwehren.

Die Konferenz begrüßt das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften und verpflichtet sich, durch Stärkung der Organisation zu dessen Durchführung beizutragen.

Die Konferenzteilnehmer sehen in der SPD die parlamentarische Vertretung der gewerkschaftlichen Forderungen und sind bereit, bei der bevorstehenden Reichstagswahl alle Kräfte zur Stärkung des Einflusses der SPD einzusetzen.

In den Erweiterten Beirat wurden gewählt: Heine-Hannover, Müller-Braunschweig, Treumann-Stendal, Haas-Osnabrück, und als Ersatzmänner Henke-Hannover, Wimmer-Wolfenbüttel, Weise-Hildesheim, Gallinispaine; in die Engere Bezirkskommission die Kollegen Heine, Henke, Marquardt und Kühne. Mit einem Hoch auf den DMV und die Arbeiterbewegung schloß Striefler mit dem Freiheitsgruß die Konferenz.

Tragt Freiheitspfeile!!!

Bis zur Jahrhundertwende wurden in Suhl und Umgebung nur Waffen hergestellt. Das geschah ganz handwerksmäßig. In fast jedem Haus war eine Büchsenmacherwerkstatt, wo Einzelteile hergestellt wurden. In den umliegenden Dörfern das gleiche. An einem Tage in der Woche kamen die Lehrlinge nach Suhl zum Liefen, das heißt, sie brachten die ganze Wochenproduktion in der Kötz (Tragkorb) herangeschleppt. Diese Idylle endete mit der fabrikmäßigen Herstellung der Waffen. Den kleinen Kräutern ging dutzendweise der Atem aus. Bis zum Jahre 1918 lebte die Sühler Waffenindustrie fast ganz von Militäraufträgen. Außer Flinten wurden Maschinengewehre, Säbel, Artilleriegegenstände und ähnliches hergestellt. Auf dem Gebiet der Sühler Waffenindustrie klapperte nur noch zwei oder drei Tage in der Woche. Suhl steht mit seinem Anteil an dem Arbeitslosenheer mit an der Spitze.

Die Sühler Verwaltungsstelle des DMV wurde erst 1898 gegründet, und zwar von einem Glasbläser, der übrigens heute noch, obwohl mehr als 70 Jahre alt, zu den eifrigsten Funktionären gehört. Die jüngeren Kollegen griffen ebenfalls wacker in die Saiten. Daß es da nicht ohne Maßregelungen abging, verstand sich von selbst. Aus der Handvoll organisierter Kollegen sind es allgemach 3000 geworden. Einen starken Auftrieb erhielt unsere Ortsgruppe im Februar 1900 durch eine Aussperrung, die nun geschildert werden soll:

Vor der Jahreswende war zu den oben erwähnten Krautbuden eine Maschinenbauanstalt gekommen, die von 25 Gesellen und 10 Lehrlingen bewegt wurde. Der übliche Tagesverdienst schwankte zwischen 3 und 3¼ M. Im Jahre 1900 ereignete sich in der besagten Maschinenbauanstalt etwas Ungeheuerliches. Der Häftling dieser Anstalt, Paul Koch, hatte nämlich einen Fitzhut. Die Bedeutung dieses Kopfdeckels bestand darin, daß er nach Gefallen muffelte; wenn der Gebieter von 25 Gesellen und 10 Buben seine Gefühle durchstrich, bewehrte er sich mit diesem Deckel, der schwarz war und steif. Also respektgebietend, was der Deckel ja auch sein sollte.

Ein respektloser Geselle aber vermaß sich, den filzigen Kardinalspitz einem ordinären Proletarier anzufesteln, der aber den Topf, weil unwürdig, weit fort warf, wo er in einer Hobelmaschine zur letzten Formung liegen blieb. Der Krauter war darüber hinf weg. Eine langstichtige Fahndung nach dem Täter setzte ein. Obwohl die ganze Belegschaft die Morität genau kannte, fand sich keiner, der dem wütigen Krauter die Pupillen öffnete. Das Mäuschen schmierte Rache: es machte durch Anschlag bekannt, daß die Gesellen wüthenflich mit einer Mark, die Lehrlinge mit 25 Pfennig Lohnabzug solange bestraft wurden, bis der Verüber des Verbrechens mit dem Kopfdeckel genannt sei.

Gleich am ersten Zähltag geriet die gesamte Belegschaft mit dem Krauter in unergötlichen Streit. Die Annahme des Lohnes

Die erste Aussperrung in Suhl Wegen dem Kopfdeckel eines Krauters

wurde verweigert; ein jeder verlangte den vollen Wochenlohn, genau so die Lehrlinge. Dieser Vorgang spielte sich am Sonntag ab. Als am Montag die Arbeiter pünktlich 7 Uhr an ihrer Arbeitsstätte erschienen, fanden sie sie verschlossen. Sofort wurde eine Kommission gewählt, die dem Kopfdeckelbesitzer auf die Bude zu steigen hatte. Dieser vertrat den Standpunkt, daß ihm erst der Missetäter genannt sein müsse, ehe er seine Anstalt wieder öffne. Die Belegschaft bezog Stellung in einem Saal, wo beschlossen wurde, die Bezirksleitung aus Stuttgart herbeizuholen. Theodor Werner, des Verbandes Finanzgewaltiger, erschien prompt. Der Anstaltsbesitzer, ahnend was ihm blühte, hielt es für geboten, die Kampfeslust seiner Gesellen und Lehrlinge zu dämpfen, indem er die Anstalt eigenmächtig in Bewegung setzte: er rückte die Maschinen ein, von deren Leerlauf er sich die Rettung aus der Not versprach. In der 3. Woche der Aussperrung fanden sich von auswärtig ein paar Streikbrecher ein. Unsere Streikposten zogen morgens um 6 Uhr militärisch pünktlich auf. Vom ganzen Kreis richteten sich die Augen auf Suhl. Auch die der löblichen Polizei. Die Standesgenossen des Anstaltsbesitzers, durch die Aussperrung schwer geschädigt, ließen ihn im Stich. Die Belegschaft blieb ab: die Bude wurde als schwarz bezeichnet, was von den Arbeitern streng beachtet wurde.

Nach Abbruch des Kampfes riefen die Ausgesperrten das Gericht an. Zwei Jahre wurde prozessiert. Die Firma mußte jedem Arbeiter 14 Tage Lohn auszahlen. Dafür wurden die Leute von den Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzt. Einige Kollegen zeigten der Stadt die Eisen und siedelten sich in Schweinfurt und Erfurt an. Von dem Konflikt hat sich die Bude nie wieder recht erholen können; sie besteht zwar noch, aber es ist kaum noch etwas zum Ankurbeln da.

Das jüngere Geschlecht sollte dieser sich vor 32 Jahren abspielende Vorgang zum Nachdenken anregen. Keiner der 25 Ausgesperrten ist wortbrüchig geworden. Heute könnte in der Gewerkschaftsbewegung manches besser sein, wenn so wie damals Einigkeit, Disziplin und Solidarität herrschten. Damals gab es allerdings auch noch keine Kommunisten, keine Spaltpfeiler, keine Helfershelfer des Unternehmertums, so daß damals viel mehr erfolgreiche Kämpfe geführt werden konnten.

Auch in dieser schweren Zeit ist es unserer Ortsverwaltung in Ratiobor möglich gewesen, eine Jubiläumsfeier zu veranstalten. Fünf Kollegen konnten auf eine 25jährige Tätigkeit im DMV zurückblicken. Alle gehörten der Gruppe Gießerei an, die hier schon immer im Vordergrund der Bewegung stand. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Wiltsh, und einer Ansprache des Kollegen Stübner ernannte ein Jubilar die Anwesenden, dem Verband auch in der schweren Zeit die Treue zu halten, damit auch bald wieder andere Zeiten kommen. Bei gemütlichem Beisammensein verlebten die Kollegen einige frohe Stunden.

Aus Aachen kommt die traurige Nachricht, daß Kollege Graf nach langer Krankheit am 25. Oktober aus dem Leben geschieden ist. Gerade ein Jahr hat er den wohlverdienten Ruhestand genießen können. Schon vor seiner Pensionierung erschwerte ihm jahrelang ein hartnäckiges Leiden seine Verbandsarbeit. Der Verstorbene, der von Beruf Maschinist war, hat ein Alter von 60 Jahren erreicht. Zu Würselen bei Aachen ist er geboren und wird auch dort begraben liegen. Zehn Jahre wirkte er als Geschäftsführer unserer Aachener Ortsverwaltung. Neben dieser Tätigkeit, die er zur vollen Zufriedenheit der Kollegenschaft ausübte, wirkte er auch erfolgreich auf kommunalpolitischem Gebiet für die Arbeiterschaft. Die Metallarbeiter werden Josef Graf ein ehrendes Andenken bewahren.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 13. November, ist der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13.-19. November 1932 fällig.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Ortsverwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am Jahreschluß nicht zu stark häufen.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

wurde verweigert; ein jeder verlangte den vollen Wochenlohn, genau so die Lehrlinge. Dieser Vorgang spielte sich am Sonntag ab. Als am Montag die Arbeiter pünktlich 7 Uhr an ihrer Arbeitsstätte erschienen, fanden sie sie verschlossen. Sofort wurde eine Kommission gewählt, die dem Kopfdeckelbesitzer auf die Bude zu steigen hatte. Dieser vertrat den Standpunkt, daß ihm erst der Missetäter genannt sein müsse, ehe er seine Anstalt wieder öffne. Die Belegschaft bezog Stellung in einem Saal, wo beschlossen wurde, die Bezirksleitung aus Stuttgart herbeizuholen. Theodor Werner, des Verbandes Finanzgewaltiger, erschien prompt. Der Anstaltsbesitzer, ahnend was ihm blühte, hielt es für geboten, die Kampfeslust seiner Gesellen und Lehrlinge zu dämpfen, indem er die Anstalt eigenmächtig in Bewegung setzte: er rückte die Maschinen ein, von deren Leerlauf er sich die Rettung aus der Not versprach. In der 3. Woche der Aussperrung fanden sich von auswärtig ein paar Streikbrecher ein. Unsere Streikposten zogen morgens um 6 Uhr militärisch pünktlich auf. Vom ganzen Kreis richteten sich die Augen auf Suhl. Auch die der löblichen Polizei. Die Standesgenossen des Anstaltsbesitzers, durch die Aussperrung schwer geschädigt, ließen ihn im Stich. Die Belegschaft blieb ab: die Bude wurde als schwarz bezeichnet, was von den Arbeitern streng beachtet wurde.

Nach Abbruch des Kampfes riefen die Ausgesperrten das Gericht an. Zwei Jahre wurde prozessiert. Die Firma mußte jedem Arbeiter 14 Tage Lohn auszahlen. Dafür wurden die Leute von den Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzt. Einige Kollegen zeigten der Stadt die Eisen und siedelten sich in Schweinfurt und Erfurt an. Von dem Konflikt hat sich die Bude nie wieder recht erholen können; sie besteht zwar noch, aber es ist kaum noch etwas zum Ankurbeln da.

Das jüngere Geschlecht sollte dieser sich vor 32 Jahren abspielende Vorgang zum Nachdenken anregen. Keiner der 25 Ausgesperrten ist wortbrüchig geworden. Heute könnte in der Gewerkschaftsbewegung manches besser sein, wenn so wie damals Einigkeit, Disziplin und Solidarität herrschten. Damals gab es allerdings auch noch keine Kommunisten, keine Spaltpfeiler, keine Helfershelfer des Unternehmertums, so daß damals viel mehr erfolgreiche Kämpfe geführt werden konnten.

Jubilarefeiern

Am 15. Oktober konnte die Verwaltungsstelle Eckernförde-Borby die Kollegen Steffen, Steinberg und Klette als 25jährige Jubilare feiern, außerdem konnte der Kollege Appel auf eine 40jährige Verbandszeit zurückblicken. Die Festrede hielt der Kollege Bredenbeck, Kiel. In seiner temperamentvollen Art sprach dieser junge Metallarbeiter über Gemeinschaft und Solidarität, die alle schaffenden Menschen verbinden müsse. Er schloß mit einem Gedicht von Heinrich Lersch „Reck dich auf, Prolet“. Danach überreichte der Bevollmächtigte, Kollege Link, den Jubilaren die Ehrenurkunden. Ein Tanz hielt die Versammlung noch einige Stunden zusammen.

Auch in dieser schweren Zeit ist es unserer Ortsverwaltung in Ratiobor möglich gewesen, eine Jubiläumsfeier zu veranstalten. Fünf Kollegen konnten auf eine 25jährige Tätigkeit im DMV zurückblicken. Alle gehörten der Gruppe Gießerei an, die hier schon immer im Vordergrund der Bewegung stand. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Wiltsh, und einer Ansprache des Kollegen Stübner ernannte ein Jubilar die Anwesenden, dem Verband auch in der schweren Zeit die Treue zu halten, damit auch bald wieder andere Zeiten kommen. Bei gemütlichem Beisammensein verlebten die Kollegen einige frohe Stunden.

Josef Graf, Aachen †

Aus Aachen kommt die traurige Nachricht, daß Kollege Graf nach langer Krankheit am 25. Oktober aus dem Leben geschieden ist. Gerade ein Jahr hat er den wohlverdienten Ruhestand genießen können. Schon vor seiner Pensionierung erschwerte ihm jahrelang ein hartnäckiges Leiden seine Verbandsarbeit. Der Verstorbene, der von Beruf Maschinist war, hat ein Alter von 60 Jahren erreicht. Zu Würselen bei Aachen ist er geboren und wird auch dort begraben liegen. Zehn Jahre wirkte er als Geschäftsführer unserer Aachener Ortsverwaltung. Neben dieser Tätigkeit, die er zur vollen Zufriedenheit der Kollegenschaft ausübte, wirkte er auch erfolgreich auf kommunalpolitischem Gebiet für die Arbeiterschaft. Die Metallarbeiter werden Josef Graf ein ehrendes Andenken bewahren.

Der spanische Gewerkschaftskongress

Aus Madrid wird uns unterm 25. Oktober geschrieben: Der 17. Kongress des Spanischen Gewerkschaftsbundes (Union General de los Trabajadores = UGT), an dem 1788 Vertreter und ausländische Gäste teilnahmen, dauerte neun Tage. Den wichtigsten Punkt seiner Tagesordnung bildete der Rechenschaftsbericht des Vorstandes über die Vorgänge in der UGT und besonders ihre Haltung zu den politischen Ereignissen der jüngsten Zeit. Eine wichtige Rolle hierbei spielten die Vorgänge während der Revolution im Dezember 1930. Der Generalstreik der Gewerkschaften war einer der wichtigsten Punkte des Revolutionsprogramms gewesen, aber weder in Madrid noch in verschiedenen anderen Orten, noch bei den Eisenbahnern wurde wirklich gestreikt. Die zur Verantwortung gezogenen Führer wußten aber im Verlauf der Tagung die Tatsachen genügend zu erhellen, so daß sich am Schluß der Aussprache ihre Schuldlosigkeit herausstellte. Für das Nichtklappen des Streiks konnten allgemeine Organisationsmängel angeführt werden. Die Abstimmung ergab dann auch ein Vertrauensvotum von 422 gegen 44 Stimmen für die leitenden Männer des Vorstandes, für Cordero, Carillo und Largo Caballero.

Weiterhin hatte sich der Kongress mit einer großen Reihe von Anträgen zu befassen. Die Arbeitsgesetzgebung Spaniens, wenn sie auch an der Spitze der internationalen Übereinkommen annehmenden Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisationen steht, läßt doch im Sinne des spanischen Arbeiters noch viel zu wünschen übrig. Es sind zwar innerhalb der neuen Verfassung eine Reihe durchgreifender Sozialgesetze geplant, aber bis jetzt noch nicht in Angriff genommen worden. So forderte der Kongress schnellste gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche, eine umfangreiche Kranken-, Alters-, Invaliden- und Mutterschaftsversicherung, paritätische Schiedsgerichte, Betriebsinspektoren und schnellste Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung. Unter den Anträgen, die vom Kongress angenommen wurden, findet sich der, jede neue Rationalisierungsmaßnahme, besonders auf dem Lande, wo die Arbeitslosigkeit Spaniens am stärksten ist, zu unterbinden.

Die Neuwahl des Vorstandes brachte fast allen Kongreßteilnehmern eine Überraschung. Es wurden nämlich erkoren als Vorsitzender Basteiro, als zweiter Vorsitzender Sabotir, als Sekretär Largo Caballero und als Hilfssekretär Trifon Gomez. Es waren also für die beiden Posten der Vorsitzenden neue Männer erkoren worden, obwohl beiden der Kongress kurz vorher ein Vertrauensvotum ausgestellt hatte. Die Überraschung war um so größer, als sowohl Basteiro und Sabotir als auch Gomez entschiedene Gegner der Politik des Zusammengehens mit den bürgerlichen Republikanern — im Gegensatz zu Caballero und dem alten Vorstände — sind.

Der Beschluß der Versammlung über die künftige Haltung der Gewerkschaften zur Politik und sozialistischen Partei hatte aber ergeben, daß auch weiterhin in allen wichtigen Fragen die Haltung der Gewerkschaften mit der der Partei übereinstimmen soll. Durch die Wahl des neuen Vorstandes ist eine Streitfrage aufgeworfen worden, und Largo Caballero glaubte besser zu tun, wenn er, um diesem Streit aus dem Wege zu gehen, seinen Posten als Generalsekretär niederlegte. Den gleichen Entschluß faßten drei andere, aus der alten Exekutive wiedergewählte Beisitzer.

Basteiro, dessen Wahl durch den Zusammenschluß der beiden größten Verbände, der Landarbeiter und Eisenbahner, zustande gekommen war, erklärte sich trotz der Abdankung Caballeros bereit, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Er werde sich, so sagte er, jeder Entscheidung über die neue Zusammensetzung und den Ersatz der ausgeschiedenen Mitglieder fügen.

Im Augenblick kann man noch nicht voraussagen, wie die Angelegenheit endet. Das hängt zunächst von den Beschlüssen des Bundesausschusses ab. Wer jedoch von einer Spaltung der spanischen Gewerkschaften redet, ist völlig im Irrtum. Basteiro wie Caballero sind sich darüber einig, daß für die sozialistische Arbeiterbewegung Spaniens eine Spaltung den Tod bedeuten würde. Genau so wenig als wie der Kongress trotz dieses Zwischenfalls an seinem Schluß Zeichen von Unruhe aufwies, so brauchen die ausländischen Genossen keine Befürchtung für die Zukunft der Arbeiterbewegung Spaniens zu hegen. Sie wird sich kräftig weiterentwickeln. I. E. Wolff.

Die tschechoslowakischen Metallarbeiter wehren sich

Ebenso wie in anderen Ländern versuchen auch die tschechoslowakischen Metallindustriellen die Krise zum Abbau der Löhne, zur Verschlechterung der sozialpolitischen Errungenschaften und der allgemeinen Arbeitsbedingungen zu mißbrauchen. Die Scharfmacher scheinen sich in der Überzeugung zu wiegen, daß die Arbeiterschaft in der Zeit der Krise, da etwa 40 vH der tschechoslowakischen Metallarbeiter arbeitslos und weitere 40 vH zur Kurzarbeit verurteilt sind, nicht die Kraft besäße, sich gegen die unerhörten Angriffe zur Wehr zu setzen.

Schließlich hat aber alles seine Grenzen, und so auch die Geduld der Metallarbeiter. Als die Automobilfabrik Walter in Jionitz bei Prag durch Diktat eine Herabsetzung der Lohn- und Akkordsätze um 50 und 60 vH durchdrücken wollte, stellte die Belegschaft die Arbeit ein. Sie wurde daraufhin in der Zahl von 680 ausgesperrt und steht seit 3. Oktober in einem offenen Kampfe, der in kaum überbietbarer Schärfe geführt wird. Die Firma bemüht sich allenthalben Streikbrecher zu gewinnen und führt sie in besonderen Kraftwagen unter Polizei- und Gendarmenbedeckung zur Arbeitsstätte und zurück. Dies freilich nützt wenig, jeden Tag bekommen die paar Streikbrecher zu spüren, daß man mit ehrlichen Metallarbeitern nicht spaßen kann. Auch die von der Firma benutzten Kraftwagen weisen manche Spuren der Erbitterung der Arbeiter auf, und sogar das italienische Gesandtschaftsauto, das sich der Generaldirektor der Firma ausborgte, wurde von diesem Schicksal nicht verschont. Man hat bereits gegen 80 Gendarmen zum Schutze der paar Streikbrecher herangeholt, ohne daß die Einschüchterung der am Kampfe beteiligten Arbeiter erreicht werden konnte.

Aus denselben Gründen brach ein Streik in der Maschinenfabrik Podhajsky in Hostivar bei Prag aus, wo nahezu 500 Arbeiter beschäftigt sind und wo unter ähnlichen Umständen bereits 60 Gendarmen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen: mit demselben negativen Erfolg, wovon die zahlreichen Beulen und blauen Flecke der Streikbrecher zeugen.

Da in allen übrigen Betrieben der Eisen- und Metallindustrie die Verhältnisse nicht anders sind und einer Entscheidung zuzutreiben, hat sich der Vorstand des Metallarbeiterverbandes entschlossen, für den 20. Oktober, dem Tag der Parlamentarischeröffnung, Massenkundgebungen der Metallarbeiter einzuberufen. Die Arbeit wurde an diesem Tage fast überall um 2 Uhr nachmittags eingestellt und die Arbeiterschaft zog in geschlossenen Zügen zu ihren Versammlungsstätten.

Die Kommunisten versuchten in ihrer üblichen Art, sich der Kundgebungen zu bemächtigen, doch wurden sie abgewiesen und es wurde ihnen oft etwas handgreiflich dargetan, daß Veranstaltungen der organisierten Arbeiterschaft keine Grundlage für ihre parteipolitischen Ziele abgeben können. Nur in Prag gelang es ihnen teilweise, die Massenkundgebung zu beherrschen, da es die organisierten Arbeiter ablehnten, aus einer Demonstration gegen die Unternehmer eine Rauferei zwischen Arbeitern entstehen zu lassen. J. E.

Von Bismarck bis Hitler

Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens des größten Verbandes im Reichsverband der Deutschen Industrie, des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“, kurz Langnamverein genannt, ist unter dem Titel: Der Verein mit dem langen Namen, kürzlich (im Dux-Verlag, Berlin, 4,80 M.) ein Buch erschienen, das Aufmerksamkeit verdient. Allen, die gern an der Arbeit der Gewerkschaften herummörgeln, sei das Buch empfohlen, das mit aller Deutlichkeit zeigt, wie zäh und zielbewußt die Unternehmer ihren Nutzen wahrzunehmen wissen.

Bekanntlich ist Aufgabe des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Vertretung der Unternehmer in allen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen, während die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände mit ihren Hunderten von angeschlossenen Organisationen und ihren Tausenden von Unterverbänden die Vertretung der Unternehmer in sozialpolitischen Fragen bezweckt.

Die Geschichte dieses mächtigen Unternehmerverbandes ist ein Stück deutscher Wirtschaftsgeschichte. Auf der ersten Seite des Buches weist der Verfasser, Josef Wünsch, stolz darauf hin, daß kein geringerer als Bismarck in einer seiner Reichstagsreden dem jungen und rührigen Verein seinen Rufnamen, „Verein mit dem langen Namen“, „Langnamverein“ gegeben hat, einen Namen, unter dem der Verein landauf, landab bekannt geworden ist. In den letzten Sätzen des Buches muß dagegen der Verfasser an Worte des jetzigen Geschäftsführers Fritz Springorum erinnern, der gegenüber den „Beulen wirtschaftlicher Unmoral“, die unter dem Druck der Krise aufgebrochen sind, sich gegen diese typischen Verfallserscheinungen zur Wehr setzte, es als ein billiges Vergnügen bezeichnete, diese sogenannten (!) Skandale ohne weiteres dem privaten Unternehmertum anzuhängen und mit Nachdruck verlangt, daß mit aller Schärfe des Gesetzes gegen diejenigen vorgegangen wird, die das Bild des ehrbaren Kaufmanns besudeln und ihre Unternehmerr Aufgabe lediglich in ihrer persönlichen Bereicherung erblicken. — Wir brauchen nur daran zu erinnern, welchen negativen Erfolg dieser Appell bisher beispielsweise im Falle Lahusen hatte, um zu erkennen, daß den deutschen Unternehmern wahrlich eine „Wallfahrt des Geistes in eine große wirtschaftspolitische Vergangenheit“ sehr nützt.

Beachtenswert ist die Liste der führenden Persönlichkeiten des Langnamvereins, deren Lebenslauf und deren Absichten und Ansichten in aller Breite behandelt werden. Der Anstoß zur Gründung des Langnamvereins kam aus Bielefeld, wo Konrad Bertelsmann, der Besitzer einer noch heute bestehenden Spinnerei, dem Kohlenmangel und den unzulänglichen Eisenbahnverhältnissen nach dem Kriege 1870/71 zu Leibe zu gehen versuchte, alsbald Fühlung nahm mit Metallindustriellen in Hagen usw. Der erste Präsident des Langnamvereins war William Thomas Mulvany, ein Ire, früher hoher irischer Staatsbeamter und Eisenbahnfachmann. Dieser war auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten Westfalens aufmerksam geworden, wo sich damals Krupp gegenüber dem englischen Wettbewerb um die Kunst mühte, deutschen Gußstahl herzustellen. Mulvany

soll später über die Zustände, die er vorfand, sich geäußert haben: „Ich habe gesehen, wie mangelhaft ihre Eisenbahnen, wie unvollständig die Kanäle und Transportmittel waren, und ich sagte mir auf der Stelle: Diese Leute wissen nicht, was sie hier haben!“ Die Namen der Zechen „Hibernia“ (Name für Irland) und Shamrock (Kleeblatt, das Wahrzeichen Irlands) erinnern noch heute an diese Zeit, die neben englischem Kapital auch viele Techniker und Vorarbeiter aus England und Irland nach Westfalen brachte.

Der große Gründerkrach im Jahre 1873 zwingt den Langnamverein, sich mit der erneut fällig gewordenen Reform des Aktienrechts zu befassen, die Eisenbahntarife, Kanalfragen und vor allem die Zollreform sind seine weiteren Aufgabengebiete. Die große Krise 1873 zeigt ähnliche Zustände wie heute, gewaltigen Ausbau des Produktionsapparates, überbeuerte zinsensessende Anlagen, die nicht ausgenutzt werden können, halbierte Effektenkurse, Versagen der Banken, ohne daß die Führer der Unternehmer daraus rechtzeitig gelernt hätten.

Durch das ganze Buch geht in überheblichem Ton und in sattsam bekannter Manier, besonders bei der Schilderung der Nachkriegszeit, der Versuch, die Fesseln und Eingriffe des Staates abzuwehren. Schon 1908 sagte der damalige Führer Beumer, daß die Bekämpfung der Gemeinwirtschaft, die man an die Stelle der Individualwirtschaft setzen wolle, eine Hauptaufgabe der Unternehmerverbände sein müsse. Doch ist bei der Schilderung der Nachkriegszeit, die Zeile für Zeile zum Widerspruch herausfordert, besonders das interessant, was der Bericht verschweigt. Ein nur auf dieses Material angewiesener Geschichtsschreiber wäre zu bedauern.

Die Angriffe gegen die Sozialpolitik der Nachkriegszeit sind besonders derber Natur. Von einer „üppigen“ Arbeitslosenversicherung müssen wir an mehreren Stellen lesen, die vielfach demoralisierend wirke, die Landflucht vermehre und die Arbeitsscheu unterstütze, von einer Kaufkrafttheorie, die die Gehirne vernebelt, selbst gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht wird gewettert mit der Begründung, daß breite Massen heute keine Steuern zahlen (!). Die öffentliche Hand, der „fast verstaatlichte“ Neuwohnungsbau, die Erhöhung der Beamtengehälter, überhaupt die „aktive“ Lohnpolitik des Staates haben es dem Verfasser und seinen Hintermännern angetan, und es fehlt nicht einmal die Wendung vom Ausbau des „Wohlfahrtsstaates“. Wir kennen die Weise — — —

Im April 1930 bemüht sich der Langnamverein um die politische Betätigung der Unternehmer, weil deren Einfluß im Staat zu gering sei. Welches Echo dieser Ruf nach „mutigem Einsatz“ des Unternehmers in der Politik gefunden hat, ist seit den September-Wahlen 1930 zur Genüge bekannt. Die Hitler-Partei und die Finanzierung ihrer Banden durch namhafte Industrielle wird jedoch mit keinem Worte erwähnt. Wir aber glauben, den Weg des Langnamvereins in den zwei Menschenaltern seines Bestehens durch die Worte „Von Bismarck bis Hitler“ deutlich gekennzeichnet zu haben.

Julius Fries.

Lahusarier

In den „nationalen“ Blättern reißen die Schaumgeschichten von der Korruption des marxistischen Systems nicht ab. Die Versumpfung und Unmoral des Parteiensystems trage die Schuld an unserer elenden wirtschaftlichen Lage. Auch die Verschwendung der öffentlichen Hand wird den gläubigen Lesern in den schwärzesten Farben hingemalt. Wo in Wahrheit Korruption und Verschwendung herrschen, das beweisen wieder zwei Fälle aus jüngster Zeit.

In dem einen Falle handelt es sich um den Elektrizitätsverband Stade. Der ehemalige Generaldirektor Düllmann hat den Verband um 400 000 Mark schädigen können. Der Vorstand des Unternehmens hat es sogar fertig gebracht, mit dem Schädling einen fürstlichen Pensionsvertrag abzuschließen und ihm auch noch ein Auto zur Verfügung zu stellen. Die Nachprüfung der Geschäftsführung seit dem Jahre 1929 hatte ergeben, daß bei dem Erwerb eines neuen Geschäftshauses Verluste in Höhe von 393 000 Mark entstanden waren. Bei dem Umbau eines von Düllmann bewohnten Hauses waren — statt der geschätzten Kosten in Höhe von 25 bis 30 000 M — in Wirklichkeit 152 000 Mark Umbaukosten entstanden. Von diesen Kosten hat der Herr Generaldirektor ganze — viertausend Mark bezahlt! Am Jahreschluß wurden dann diese Kosten auf das Bilanzkonto „Stromverteilungsanlagen“ umgebucht.

Mit ähnlicher Unbekümmertheit ist bei dem Ankauf eines für den Generaldirektor Reuscher bestimmten Hauses verfahren worden. Der Vorstand des Elektrizitätsverbandes hatte beschlossen, das eigene Haus Reuschers in Verbandseigentum zu übernehmen, und es ihm als Dienstwohnung zu stellen. Kaufpreis 150 000 M. Außer dieser Summe wurden noch 55 000 M aufgewendet. Der Jahresaufwand für dieses Haus betrug rund 21 300 M.

Die Herren Direktoren bezogen jährlich 60 000 M. Hinzu kommen noch Sonderzulagen bis zu 15 vH ihres Lohnes. Daneben ließen sie sich noch sogenannte Weihnachtsgroßzügigkeiten bis zu 60 vH eines Monatslohnes auszahlen. Ein Kapitel für sich waren die „Ehrenschenkungen“ in Höhe von vielen Tausenden an Mark für ausscheidende Vorstandsmitglieder. Der Vorstandsvorsteher hat sich „nur“ 45 000 M zuviel auf ein Pensionskonto zahlen lassen. Zudem wurden für ihn in sieben Jahren vier Autos gekauft und verschlissen; hierfür wurden nur 46 000 M verausgabt.

Ein anderes Bild: Vor dem Landgericht Hagen i. Westf. spielt zur Zeit ein Prozeß, der eine nicht minder übel duftende kapitalistische Sumpflüfte ans Tageslicht zieht. Die Verhandlung richtet sich gegen den Vorstand der Vereinigung der Gevelsberger Eisenhandlungen. Nach Zeitungsberichten geht die Anklage in folgender Richtung:

Die am 1. Oktober 1906 gegründete Vereinigte Eisenhandlungen GmbH hatte ein Stammkapital von 100 000 M, das nach und nach auf 500 000 Mark erhöht wurde. Der Umsatz der GmbH betrug monatlich 2 Millionen M. Das Aktienkapital sollte auf 2,5 Millionen M festgesetzt werden, wovon 25 vH die GmbH einzahlen sollte. Nach diesem Vorschlag kam auch die Aktiengesellschaft zustande. Bei dem am 16. Juli 1930 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag wurde eine Erklärung abgegeben, daß sich 25 vH des Kapitals in den Händen des Vorstandes befänden. In dieser Erklärung wurde vom Notar bescheinigt, daß ein Reichsbankscheck über 625 000 M vorgelegen habe, also 25 vH des Aktienkapitals.

Die Angeklagten behaupteten, daß diese Summe bei der GmbH aufgelauten war, um ihre Lieferanten zu bezahlen. Der Scheck sei nämlich sofort wieder an die GmbH zurückgegeben, um ihren monatlichen Verpflichtungen nachzukommen. Das Geld sei also nicht gezeichnet worden, sondern nur für einen Tag geliehen gewesen, so daß also in Wirklichkeit überhaupt kein Gründungskapital vorhanden gewesen war. Dem angeklagten Direktor Lippold wird noch vorgeworfen, 1930 eine Bilanz gemacht zu haben, die unrichtige Angaben enthielt.

Nach Feststellung durch den Konkursverwalter seien verschiedene Posten hoch überwertet worden. Die Bilanz schloß mit einem Verlust von 138 797 M. In Wirklichkeit sei aber der

Verlust nach all den Abschreibungen 844 595 M gewesen. — Den Tatbestand des Betruges erblickt die Anklage darin, daß eine Überfülle von Wechseln vorhanden gewesen sei, wofür nach Auffassung der Staatsanwaltschaft keine Deckung vorhanden war, und zwar in Höhe von 900 000 M. Auf diese Weise sei künstlich Kapital beschafft worden. Der Direktor Lippold bezog ein monatliches Gehalt von 2500 M, zuzüglich 6000 M Gewinnanteil. Der Treuhänder Tredrup ein Jahreseinkommen von 20 bis 30 000 M.

Diese beiden Fälle zeigen aufs neue, wie der Eiter der Fäulnis allenthalben aus dem kapitalistischen Wirtschaftskörper herausquillt. Aber je stinkender diese Fäulnis, desto ärger schreit die nationale und kapitalistische Preßmeute über das „marxistische System“ und versucht dieses dafür verantwortlich zu machen. Solche lieblichen Geschätzchen werden unter dem Marxismus nicht mehr gemacht werden können. Darum auch der Haß all derer von „Bildung und Besitz“ gegen diesen verdammten Marxismus. K. E.

Sowjetrußland

Wie russische Studenten leben

Die russische Studentenzeitung „Krasnoje Studentschestwo“ (Moskau, Nr. 15) enthält eine Darstellung der Verhältnisse, unter denen die Studenten zu leiden haben. In Moskau wurde seit längerer Zeit die Nowo-Alexejewski-Studentenstadt für 15 000 Studenten gebaut. Ursprünglich sollte die Studentenstadt am 15. August dieses Jahres bezogen werden. Dieser Termin konnte indessen nicht eingehalten werden. Es konnten keine Fensterscheiben eingesetzt werden, weil Fensterglas fehlte. Die Studenten haben die Wohnräume indessen bezogen. Mehrere Studentenhäuser haben keine Öfen. Insgesamt sind 33 Studentenhäuser der Studentenstadt ohne Öfen und Fensterscheiben. Innen sind die Häuser noch nicht in vollem Umfange fertiggestellt. Die Wände zeigen bereits Risse. Ein großer Teil der Wohnräume ist bereits verwandt. Zwei Drittel der Wohnräume haben keine Wasserleitung. Um ein Glas Wasser zu trinken, muß man einen halben Kilometer weit laufen. Niemand ist für den Bau der Stadt verantwortlich. Überall herrscht größter Schmutz. In keinem der Studentenhäuser befindet sich ein Imbissraum. Die Studenten bleiben ohne Mittag- und Abendessen. In Leningrad müssen viele Studenten sogar unter offenem Himmel nächtigen, weil Wohnräume fehlen. Im Institut für Schweinezucht wohnen, so berichtet die russische Studentenzeitschrift weiter, die Studenten in den Kellerräumen. Diese Räume sind feucht, der Stuck bröckelt ab, die Keller sind verwandt, es fehlen Tische und Stühle. Die Verpflegung ist unter jeder Kritik, vielfach wird sogar verfaulte Fisch gereicht. Mit der Suppe könnte man sich direkt waschen, da sie klar und durchsichtig ist wie Wasser. Fleischgerichte sind sehr selten und sind außerordentlich teuer. Dabei beträgt das Stipendium eines Studenten 50 Rubel monatlich. Im Pädagogischen Institut in Tula (Zentralrußland) gehen die Studenten zum Teil barfuß herum; wegen Mangel an Handtüchern und Geld besuchen sie zuweilen monatlang nicht die Badeanstalt. Im Studentenheim herrschen Schmutz und Läuse. Diese Zustände haben dazu geführt, daß der Zustrom von Studenten zu den Hochschulen sehr stark abgeebbt hat. Das Moskauer Institut für Sowjetrecht sollte in diesem Herbst 700 neue Studenten aufnehmen, bisher haben sich jedoch nur 292 gemeldet, im Moskauer Bergbauinstitut von den vorgesehenen 325 nur 258, im Moskauer Institut für Planwirtschaft von 350 nur 135.

Gleichzeitig klagt die Sowjetpresse über die schlechte Vorbereitung der Studenten. Die „Legkaja Industrija“ (vom 21. September 1932), das Organ des Volkalkommissariats der verarbeitenden Industrie der Sowjetunion, berichtet, daß bei den Aufnahmeprüfungen im Moskauer Textilinstitut sich die Tatsache ergeben habe, daß die Vorkenntnisse der Studenten sehr gering seien. Die Organisation der Aufnahme neuer Studenten ist außerordentlich schlecht. Niemand erteilt den neuen Studenten die dringend erforderlichen Auskünfte. Feste Unterrichtspläne bestehen nicht.

Gewonnen

hat ohne weiteres der Käufer, der aus Grundsatz nur Bewährtes kauft.

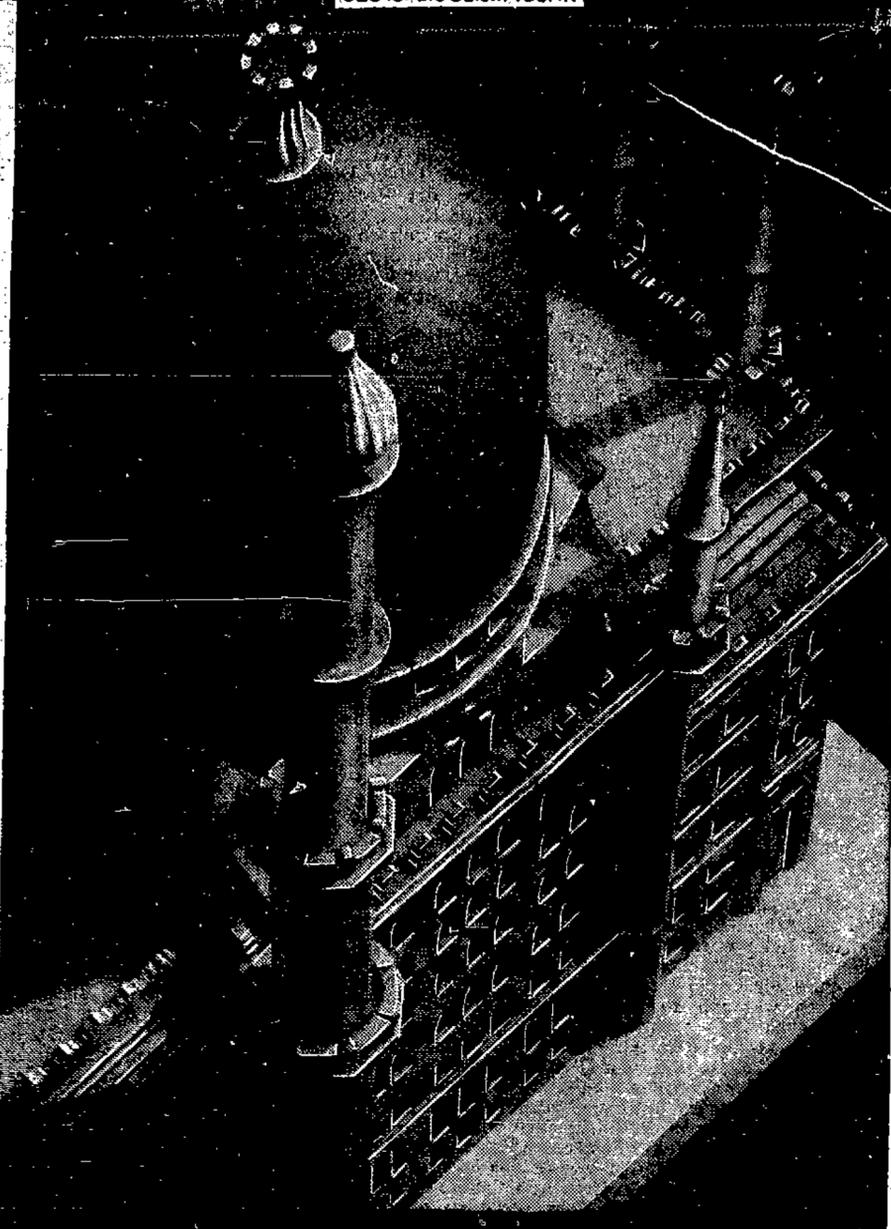
Der Gewinn für alle Raucher ist die Entscheidung, Salem zu rauchen.

Das machte diese Zigarette zur führenden Deutschlands.

Die milde SALEM

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

3 1/3



Schriftenschau

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1933. Der in Kupfertiefdruck und mit einer künstlerisch farbigen Rückwand versehene Kalender ist ein alter Freund der Arbeiterschaft. Er bildet ein Schmuckstück für Stube und Büro. Jedes Tagesblatt bringt Wissenswertes aus der Arbeiterbewegung, oder ein Stück Erbauendes in Poesie und Prosa. So erhalten wir jeden Tag ein Stück Wahrheit aus unserer sozialistischen Gedankenwelt. Jedes Blatt ist außerdem mit einem prächtigen Bild geschmückt und alle historischen Daten sind festgehalten. Der Preis ist auf 1,75 M herabgesetzt. Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68. — Der Verlag bringt auch das sehr bekannte und beliebte Jugendbuch Kinderland 1933. Die Beliebtheit dieses Buches geht daraus hervor, daß im Vorjahr zwei Auflagen herausgebracht werden mußten, die noch vor Weihnachten vergriffen waren. Der Verlag hat in diesem Jahr noch etwas ganz Besonderes getan, er hat den Buchpreis von 1,50 M auf eine Mark herabgesetzt, damit auch in der Jetztzeit den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, trotz der Krise ihren Kindern das Buch zu besorgen. Inhalt und Ausstattung des Buches ist wie alljährlich außerordentlich gut. Kinderland gehört in jede Kinderhand.

Werkzeuge aller Art!
Werkzeugliste gratis.
Westfäl. Werkzeugfabr.
Hagen i. W. 102.

100x BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50 &

Mit einer kleinen Tube zu 50 g können Sie mehr als 100x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und nie hart wird.

**Protokoll vom 20. ordentlichen
Verbandstag des DMV in Dortmund**
Alle Verwaltungsstellen müssen das Protokoll bestellen.
356 S. Preis für Mitglieder brosch. 2 RM, geb. 2,75 RM.
Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin SW 68

Kauft bei den
Inserten
unseres Blattes

Wer geht (auch - u. heim.) - Wer ganz billig
kaufen will, verl. Preisliste gratis.
Hagen-Expo, Berlin SW 29/72, Lützowstr. 8

Über 100000 Familien
haben die **Wartelstiefel**
aus **Wartel** gekauft.
Preis **4.50**
Kaufe Sie **Wartelstiefel**
aus **Wartel** im nächsten Schuhgeschäft.
Wartel, P. R., Kofersstraße 11

UMSONST



und portofrei
versende
Hauptkatalog
über Christbaum-
schmuck, Kinder-
spielwaren sowie
tausend andere
Artikel.

Emil Jansen
Versandhaus
"VOLKSLUST"
Sollingen-Wald Nr. 55

Man fertigt sich alles
selbst durch die schöne
Laubstängel, Kat. gratis
J. Brendel
Limburgerhof 81, Pfalz

Geschenke billig!

1. Weihnachts-Katalog gratis!
Sigurd-Gesellschaft
Kassel 439

Die beliebtesten Taschen-Kalender des DMV
Metallarbeiter-Kalender • Formner-Kalender • Jugend-Kalender
Klempner- u. Kupferschmiede-Kalender • Jugend-Kalender
Für das Jahr 1933 sind erschienen.
Preis 50 Pfg., Jugend-Kalender 75 Pfg. Im Buchhandel 1,00 u. 1,30 RM
Verlagsgesellschaft des DMV Berlin SW 98, Alte Jakobstr. 148-150

JOSEF WITT, WEIDEN OPF.

das Welt größte Spezial-Versandhaus der Art
in Baumwollwebwaren
mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken

4000
30000
185000
80000

1 Milliarde Zuschnitte haben wir allein
— 350000 Kunden im letzten Jahr bedient.
Wir sind das Welt größte Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken.

61. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	62. Weiße Hemden , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	63. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit
64. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	65. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	66. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit
67. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	68. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	69. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit
70. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	71. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit	72. Herbststoffe , (aus Garbuzin), langlebig, dauerhaft, gefirmt, feinstufig gewebt, als best. geringere Sorte 70 cm breit

Josef Witt, Weiden 84 Opf.
das Welt größte Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken.